

PROTOKOLL

über die 16. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am Montag, den

22. Dezember 1958 im Rathaus, I. Stock, rückwärts, Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 16,00 Uhr

Öffentliche Sitzung

Anwesend:

Vorsitzender:
Bürgermeister Josef Fellingner

Bürgermeister-Stellvertreter:
Franz Paulmayr
Michael Sieberer

die Stadträte:
Alois Besendorfer
Franz Enge
Alois Huemer
August Moser
Anton Neumann
Vinzenz Ribnitzky
Emil Schachinger
Hans Schanovsky

die Gemeinderäte:
Alfred Baumann
Rudolf Fürst
Anton Hochgatterer
Josef Hochmayr

Johann Holzinger
Johann Knogler
Franz Kúpferling
Erwin Marreich
Maria Nigl
Julius Nowak
Stefanie Pamer
Leopold Petermair
Johann Schinko
Franz Schmidberger
Friedrich Stahlschmidt
Ludwig Wabitsch
Alois Wally
Leopold Wippersberger

Vom Amte:
Magistratsdirektor Dr. Karl Enzelmüller
Rechnungsdirektor Franz Liska
Oberamtsrat Josef Bamminger

Protokollführer:
Ilse Schausberger

TAGESORDNUNG

Berichterstatter Stadtrat Hans SCHANOVSKY:

- 1) Ha-6368/57 Genehmigung des Nachtragsvoranschlages 1958
- 2) Ha-5546/58 Genehmigung des Voranschlages 1959

Vertrauliche Sitzung:

- Präs 614/58 Gewährung einer einmaligen Vergütung an Magistratsbedienstete für Mehrdienstleistungen
- Pers-620/58 Übernahme des Dipl. Ing. Anton Kirchmayr in das Vertragsbedienstetenverhältnis.

Bürgermeister Josef Fellingner:

Darf ich Sie zur heutigen Gemeinderatsitzung herzlich begrüßen.

Ich stelle die Beschlußfähigkeit fest.

Entschuldigt sind Herr Stadtrat Steinbrecher und Herr Gemeinderat Pönisch.

Als Protokollprüfer werden vorgeschlagen: Herr Gemeinderat Hochgatterer und Herr Gemeinderat Knogler. Kein Einwand.

Sehr verehrte Damen und Herren!

Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, muß ich Ihnen eine Mitteilung machen. - Vorweggenommen, es ist keine für uns sehr erfreuliche.

Sie wissen, wir haben im Herbst des vergangenen Jahres auf Grund einer Untersuchung unserer Brücken deren Belastbarkeit von 14 t auf 10 t herabsetzen müssen. Gleichzeitig mit dieser Maßnahme ist eine fachmännische Überprüfung des Untersuchungsergebnisses von uns verlangt worden. Wir sind heute im Besitze dieses Gutachtens der Sachverständigen der VÖEST und muß ich Ihnen mitteilen, daß es, wenn wir es in seiner letzten Konsequenz auswerten, die gänzliche Sperre unserer Brücken erfordern würde. Ich weiß, daß das Wirtschaftsleben in Steyr ohne unsere Brücken - ich denke da an die Steyr- und an die zwei Ennsbrücken - nicht denkbar ist. Wir müssen daher eine Notlösung suchen; aber auch diese Notlösung, das will ich betonen, wird von den Sachverständigen nicht mehr gedeckt. Wir als Gemeinderat haben daher dafür die Verantwortung zu übernehmen. Es muß daher die Belastbarkeit der Brücken noch einmal und zwar wesentlich herabgesetzt werden; nur von dem einen Gedanken getragen, die Sicherheit der die Brücke passierenden Menschen zu gewährleisten. Die Belastbarkeit wird auf 3 bzw. 3 1/2 t herabgesetzt werden müssen. Meiner Meinung nach steht uns gar keine andere Möglichkeit offen, diese äußerst niedrige Grenze der Belastungsmöglichkeit unserer Brücken zu erhöhen; es sei denn, wir finden irgend jemandem, der dies gutheißt, oder wir selbst übernehmen die Verantwortung und sagen, wir fahren, trotzdem wir wissen, daß der Zustand der Brücken eine höhere Belastung ausschließt, mit größte-

ren Lasten darüber. Ich glaube, Sie werden niemandem finden, der eine solche Verantwortung übernehmen kann. - Nicht nur aus Angst vor den Folgen dieser Verantwortung, sondern auch vor allem in der Sorge um die Menschen, die die Brücken passieren müssen, waren wir gezwungen, diese einschneidende Maßnahme durchzuführen. Sie müssen damit rechnen, daß im Laufe des morgigen Tages große Einschränkungen verkehrstechnischer Art verfügt werden müssen, die diese niedrige Belastungsfähigkeit der Brücken erfordern. Es ist dabei gedacht, eine dieser Brücken und zwar die Neutorbrücke, dem Lastverkehr zu widmen, sie aber wahrscheinlich für den gesamten Fußgängerverkehr - eben aus den schon erwähnten Sicherheitsgründen - zu sperren, so daß dieser Lastverkehr, der die Belastbarkeit von 3 t weit übersteigt, zumindest Opfer an Menschenleben weitgehendst ausschaltet. Ich bin verpflichtet, Ihnen diese Mitteilung zu machen und glaube, wie ich schon gesagt habe, daß wir keine andere Lösung finden werden. Allerdings müssen noch eine Reihe von Details zu allen diesen Problemen in der nächsten Zeit ausgearbeitet werden. Ich denke da an den Omnibusverkehr, an die Zubringung lebenswichtiger Dinge wie Heizmaterial, Lebensmittel usw. Das alles müssen wir in den nächsten Tagen einer einigermaßen tragbaren Lösung zuführen. Befriedigend wird keine dieser Lösungen sein. Damit müssen wir uns abfinden. Wir haben von der VÖEST einen Reparatursplan angefordert und ihn auch gleichzeitig mit dem Gutachten erhalten. Die Bauzeit, d. h. die Reparaturszeit wird nach Angabe der Techniker ungefähr 3 Monate in Anspruch nehmen. Ich glaube, es findet daher auch die Bürgermeisterentschließung Ihre Zustimmung, worin zum Ausdruck gebracht wird, daß sofort mit heutigem Tage der Auftrag zur Reparatur dieser Brücken, damit sie der Brückenklasse 2 entsprechen, gegeben wird. Damit wird ungefähr die alte Belastbarkeit von rund 14 t wieder erreicht werden; auf wie lange allerdings, das wissen wir heute noch nicht. Auch die Fachleute können uns hier kein konkretes Urteil abgeben, weil ja trotz weitgehender Erneuerung von einzelnen Brückenbestandteilen doch immer noch alte Bestandteile in der Brücke verbleiben müssen.

Wir haben aber auch gerade während dieser Bauzeit, die nach Angabe der VÖEST, schon zu Beginn des Jänners, also ungefähr ab 7. Jänner, beginnen wird, mit weiteren Verkehrsschwierigkeiten zu rechnen, weil während der Arbeit an einer Brücke, wesentliche Einschränkungen des Verkehrs gemacht werden müssen.

Ich hoffe, daß für diese Maßnahmen, die bestimmt für uns alle nicht erfreulich sind, die Bevölkerung und die betroffenen Stellen der Industrie und des Gewerbes Verständnis haben. Es ist wie gesagt, eine Zwangslage, die uns zu allen diesen Überlegungen geführt hat. Dies wollte ich Ihnen eingangs der heutigen Tagesordnung berichten.

Darf ich jetzt in die Tagesordnung selbst eingehen und zum ersten Tagesordnungspunkt Herrn Stadtrat Schanovsky zum Wort bitten!

Berichterstatter Stadtrat Hans Schanovsky:

1) Ha-6368/1957

Genehmigung des Nachtragsvoranschlages 1958.
Sehr verehrter Gemeinderat!

Das Stadtrechnungsamt hat uns berichtet, daß mit dem Bundesgesetz vom 12. 2. 1958, BGBl. Nr. 28, (Finanzausgleichsnovelle 1958) das Finanzausgleichsgesetz 1956 abgeändert und gleichzeitig andere finanzrechtliche Bestimmungen getroffen wurden, deren Auswirkungen durch das verspätete Erscheinen der Finanzausgleichsnovelle 1958 bei der Erstellung des Voranschlages für das Jahr 1958 nicht bekannt waren und daher auch nicht berücksichtigt werden konnten. Für die verschiedenen finanzausgleichsrechtlichen Bestimmungen, so vor allem auch für die Ersatzleistungen an Ausgleichszulagen nach dem ASVG und GSPVG hat das Amt der o.ö. Landesregierung erst mit Erlaß vom 29. 4. 1958 eigene Verrechnungsvorschriften erlassen, die natürlich alle nicht bei der bereits im Herbst 1957 erfolgten Erstellung des Voranschlages für das Jahr 1958 eingebaut werden konnten. Das Amt der o.ö. Landesregierung hat daher in diesem Erlasse die Erstellung eines Nachtragshaushaltsplanes für 1958 ange-regt.

Dieser Anregung entsprechend, wird daher im Anschlusse der Nachtragshaushaltsplan der Stadt Steyr zur Beschlußfassung vorgelegt.

In diesem Nachtragsvoranschlag wurden aber nicht nur die Änderungen berücksichtigt, die sich auf Grund der vorangeführten neuen finanzrechtlichen Bestimmungen ergeben haben, sondern auch zweckmäßigerweise bei den übrigen Voranschlagskrediten alle Änderungen aufgenommen, die sich im Laufe des Rechnungsjahres durch Über- und Unterschreitungen ergeben haben. In den meisten Fällen wurden, vor allem bei den Voranschlagskrediten mit beschränktem Anweisungsrecht, die Überschreitungen (Über- und außerplanmäßigen Ausgaben) durch Beschlüsse des Stadt- bzw. Gemeinderates bereits genehmigt.

Es ist Ihnen ja allen die Übersicht dieses Nachtragsvoranschlages zugegangen, dem zu entnehmen ist, daß im ordentlichen Haushalt die Einnahmenseite von S 75 481 400, -- um S 7 459 200, -- erhöht werden mußte und um den gleichen Ansatz auch die Ausgaben

von S 75 481 400, -- auf S 82 940 600, --. Als Nachtrag dazu mußte vermerkt werden, daß noch die Beiträge an den O.Ö. Krankenanstaltssprengel mit S 748 300, -- aufgenommen werden mußten.

So wie der ordentliche Haushalt einen Nachtrag erfährt, mußte auch der außerordentliche Haushalt für 1958, um S 5 815 100, -- auf S 31 125 100, -- auf der Einnahmen- und Ausgabenseite erhöht werden.

Der Gesamtaufwand für das Jahr 1958 wird sich daher auf rund S 114 Millionen belaufen.

Der Finanz- und Rechtsausschuß bittet Sie daher, folgendem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Punkt I des Beschlusses des Gemeinderates der Stadt Steyr in der Sitzung am 20. Dezember 1957, Ha-6368/1957, womit der Voranschlag 1958 genehmigt wurde, wird durch nachstehenden Nachtragsvoranschlag für das Jahr 1958 wie folgt abgeändert:

<u>1. der ordentliche Haushalt</u>	
a) in den Gesamteinnahmen auf	S 82 940 600, -
(gegenüber S 75 481 400, --)	
in den Gesamtausgaben auf	S 82 940 600, -
(gegenüber S 75 481 400, -)	
<u>Überschuß</u>	
Abgang	- . -
b) in den Reineinnahmen auf	S 75 915 100, -
(gegenüber S 67 362 900, -)	
in den Reinausgaben auf	S 75 915 100, -
(gegenüber S 67 362 900, -)	
<u>Überschuß</u>	
Abgang	- . -
<u>2. der außerordentliche Haushalt</u>	
in den Gesamteinnahmen auf	S 31 125 100, -
(gegenüber S 25 310 000, -)	
in den Gesamtausgaben auf	S 31 125 100, -
(gegenüber S 29 610 000, -)	
<u>Überschuß</u>	
Abgang	- . -

Die übrigen Punkte des Gemeinderatsbeschlusses vom 20. 12. 1957, obige Zahl, betreffend den Voranschlag der Stadt Steyr für das Jahr 1958 bleiben unverändert.

Bürgermeister Fellingner:

Wenn dieser Antrag Ihre Zustimmung findet, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe? Der Antrag ist somit einstimmig angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung sieht die Genehmigung des Voranschlages 1959 vor. Darf ich wiederum Herrn Stadtrat Schanovsky bitten!

Stadtrat Hans Schanovsky:

2) Ha-5546/1958

Genehmigung des Voranschlages 1959.

Der Voranschlag der Stadt Steyr für das Jahr 1959 war in der Zeit vom 6. Dezember bis einschließlich 20. Dezember 1958 zur öffentlichen Einsicht aufzulegen. Seit meiner Amtszeit ist in der Zeit der Auflegung des

Voranschlag noch nie eine Erinnerung gemacht worden. Dieses Mal ist es die erste. Ich habe sie Ihnen zur Kenntnis zu bringen. Sie stammt vom Elternverein der Mädchen-Volksschule Ennsleite und lautet:

"Werte Gemeindevertreter!

Der Elternausschuß der Mädchen-Volksschule Ennsleite erlaubt sich anlässlich der Budgetberatung die werten Gemeinderäte darauf aufmerksam zu machen, daß unserem Ersuchen um Errichtung eines Kinderhortes für die Ennsleite bis heute nicht entsprochen wurde. Wir ersuchen deshalb um Verlesung folgender Erinnerung:

Die Stimmung unter der Bevölkerung der Ennsleite, verbunden mit einer Befragung der Eltern, veranlaßte den Elternverein schon einmal, einen Antrag auf Errichtung eines geeigneten Kinderhortes zu stellen. Auf Grund des Umstandes, daß das Gebiet Ennsleite durch rege Bautätigkeit in den letzten Jahren ein starkes Anwachsen der Bevölkerung zur Folge hatte und viele Kinder durch Berufstätigkeit der Eltern der Straße ausgesetzt sind, erscheint es unbedingt notwendig und sehr wichtig, daß nunmehr in Bälde ein solcher Kinderhort nach dem Muster in Münchenholz auch auf der Ennsleite entsteht.

Wir hoffen, daß unsere Erinnerung Erfolg hat und wir auf der Ennsleite bald über einen Kinderhort verfügen."

Bitte, diese Erinnerung zur Kenntnis zu nehmen. Und nun zum Voranschlag selbst.

Der Voranschlag für das Jahr 1959 weist die gleiche Gliederung auf wie der der Vorjahre. Er umfaßt den ordentlichen Haushalt, den außerordentlichen Haushalt, den Wirtschaftsplan der Stadt, Unternehmungen und der Krankenfürsorgeanstalt nebst den in den Richtlinien für die Erstellung der Voranschläge zwingend vorgeschriebenen Sammelnachweisen und Anlagen. Weiters enthält er auch die Voranschläge der von der Stadtgemeinde zu verwaltenden selbständigen Stiftungen und zuletzt nachrichtlich den Wirtschaftsplan der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft unserer Stadt. Er ist allen Gemeinderäten zugegangen.

Der ordentliche und außerordentliche Haushalt zusammen weisen Gesamteinnahmen von

	S 93 911 900, --
aus, denen Gesamtausgaben von	" 96 239 900, --
gegenüberstehen. Es besteht somit ein Abgang von	S 2 328 000, --

Dieser Abgang betrifft jedoch nur den außerordentlichen Haushalt mit präliminierten Einnahmen von S 21 337 000, -- und präliminierten Ausgaben von S 23 665 000, --. Der ordentliche Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben von je S 72.574 900, -- ist ausgeglichen. Die im außerordentlichen Haushalt enthaltenen Vorhaben können daher nur insoweit getätigt werden, als hierfür Bedeckung vorhanden ist. Es ist zu hoffen, daß durch Einsparungen und Mehreinnahmen im ordentlichen Haushalt im Laufe des Wirtschaftsjahres die volle Bedeckung für den notwendigen Aufwand des außerordentlichen Haushaltes gefunden werden kann.

Allgemein ist zu sagen, daß das Ausgabenvolumen seit 1957 im Sinken begriffen ist. Während die Jahresrechnung 1957 noch Gesamtausgaben von S 125 003 769, 27 aufwies, konnten für das Jahr 1958 nur mehr S 114 065 700, -- und für das Jahr 1959 nur S 96 239 900, -- an Gesamtausgaben veranschlagt wer-

den. Es erfolgte somit eine Verminderung um 23,8%. Dies ist vor allem auf eine Verminderung der Steuereingänge, insbesondere der Gewerbesteuer, und auf den Rückgang des Rücklagenbestandes zurückzuführen. Erstmals sieht sich die Stadtgemeinde seit einer Reihe von Jahren genötigt zur Aufnahme von Darlehen zu greifen um das Wohnbauprogramm erfüllen zu können.

Zusammenfassend zeigt eine Übersicht das Ausmaß der Beteiligung der einzelnen Verwaltungsgruppen an den Ausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes:

0 Allgemeine Verwaltung	6 210 300, -	6,5 %
1 Polizei	1 473 000, -	1,5 %
2 Schulwesen	3 695 600, -	3,8 %
3 Kulturwesen	1 578 900, -	1,6 %
4 Fürsorgewesen und Jugendhilfe	9 314 700, -	9,7 %
5 Gesundheitswesen und körperl. Ertüchtigung	2 092 400, -	2,2 %
6 Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen	20 981 200, -	21,8 %
7 Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung	15 275 700, -	15,6 %
8 Wirtschaftliche Unternehmungen	31 000, -	0,3 %
9 Finanz- und Vermögensverwaltung	35 568 600, -	37, - %
	96 239 900, -	100, - %

Der Voranschlag des ordentlichen Haushaltes wurde natürlich von der Einnahmenseite her erstellt und der angemeldete Bedarf auf seine unbedingte Notwendigkeit und Dringlichkeit überprüft. Auch diesmal galt als Grundsatz größte Sparsamkeit bei den Verwaltungsausgaben zu üben zu Gunsten investitionsfördernder Ausgaben. Es konnte im ordentlichen Haushalt ein Haushaltsausgleich erzielt werden wobei festzustellen ist, daß es möglich war, ordentliche Haushaltsmittel in der Höhe von S 11 186 700, -- als Anteilsbetrag dem außerordentlichen Haushalt zur Teildeckung außerordentlicher Vorhaben zuzuführen. Daraus ist zu ersehen, daß die Finanzgebarung, wie sie der Voranschlag aufzeigt, als günstig zu bezeichnen ist. Voraussetzung ist aber, daß ein eventuell neuer Finanzausgleich oder sonstige erst im Laufe des Jahres 1959 wirksam werden und derzeit noch nicht feststellbare finanzrechtliche Auswirkungen das vorgesehene Budget nicht wesentlich ungünstig beeinflussen. Das Finanzausgleichsgesetz tritt nämlich mit 31. 12. 1958 außer Wirksamkeit und ist bis heute an dessen Stelle noch kein neues Ausgleichsgesetz getreten. Bei der Veranschlagung konnte daher nur die finanzielle Auswirkung nach dem derzeitigen Finanzausgleichsgesetz aufgenommen werden. Weiters sind verschiedene ausschlaggebende Ausgaben von der Finanzkraft abhängig, die derzeit ebenfalls nicht bekannt ist und daher die davon abhängigen Ausgaben wie Bundespräzipium, Familienlastenausgleich, Ersätze für Ausgleichszulagen nach dem ASVG und GSPVG usw. nur geschätzt werden konnten. Aber selbst bei der Veranschlagung der Hauptertragssteuer der Gemeinde, der Gewerbesteuer, besteht eine gewisse Unsicherheit, weil als Grundlage nur das vom Finanzamte zur Verfügung gestellte Gewerbesteuermeßbetragsverzeichnis dienen kann, das jedoch zum größten Teil nur jederzeit abänderbare Steuervorauszahlungen aufzeigt oder Steuererträge von Vorjahren. Es wird somit

im Jahre 1959 der Abwicklung des Voranschlags besonderes Augenmerk zuzuwenden sein um ja nicht den Haushaltsausgleich zu gefährden.

Die veranschlagten Einnahmen des ordentlichen Haushaltes setzen sich zusammen aus:

1. Eigene Steuern	48 506 000,-
2. Abgabenertragsanteile	4 590 000,-
3. Gebühren und Beiträge	3 932 600,-
4. Mieten, Pachten, Geldstrafen und Ertragnisse aus dem Kapitalvermögen	4 743 000,-
5. Zuweisungen und Zuschüsse von Gebietskörperschaften	740 700,-
6. Vergütungen zwischen den Verwaltungszweigen (Erstattungen)	5 843 600,-
7. Abwicklung der Vorjahre	495 800,-
8. Sonstige Ersätze und Einnahmen	3 723 200,-
	<u>72 574 900,-</u>

Die Steuern und Gebühren mit zusammen 78,6 % sind somit nach wie vor die Haupteinnahmequelle. Wie schon erwähnt zeigt vor allem die Gewerbesteuer einen starken Rückgang auf.

Während die Rechnung 1957 noch einen Ertrag von S 58 400 000,- ausgewiesen hat, kann im Jahre 1959 nur mehr mit einem Ertrag von S 37 000 000,- gerechnet werden.

Den eigentlichen Steuereinnahmen einschließlich der Abgabenertragsanteile von S 53 096 000,- stehen folgende Umlagen und Steuerentnahmen als Ausgaben gegenüber:

Gewerbesteuerspitzenausgleich	S 8 625 000,-
Gewerbesteuerausgleich zwischen Wohn- gemeinde und Betriebs- gemeinde	S 708 000,-
Landesumlage	S 2 172 000,-
Familienlastenausgleich	S 614 000,-
Ersätze für Ausgleichszulagen an das Land nach dem ASVG und GSPVG	S 3 900 000,-
Gemeindebeitrag für die Pensionsversicherungsanstalt der Gewerbetreibenden	S 2 220 000,-
Beitrag an den o. ö. Krankenanstaltssprengel nach dem Krankenanstaltsgesetz	S 800 000,-
	<u>S 19 039 000,-</u>
der Nettosteuerbetrag beträgt daher	S 34 057 000,-

Von den Gesamtausgaben des ordentlichen Haushaltes entfallen auf:

1. Personalaufwand	17 410 800,-	24 %
2. Sachaufwand		
a) Persönliche Sachaufwendungen (d. s. Aufwandsentschädigungen, Reise- u. Übersiedlungskosten, Bezüge für nicht ständig beschäftigte Bedienstete, Zulagen an Pflinglinge usw.)	329 300,-	0,5 %

b) Allgemeine Amts- (bzw. Anstalts- od. Betriebs-) erfordernisse	819 100,-	1,1 %
c) Gebäudeerhaltungs- und Gebäudebenützungskosten einschl. der gemeindeeigenen Wohnhäuser	3 126 200,-	4,3 %
d) Zuweisungen, Zuschüsse oder Beiträge an Gebietskörperschaften	20 404 500,-	28,1 %
e) Vergütungen zwischen Hoheitsverwaltung und wirtschaftl. Unternehmungen bzw. Einrichtungen (Erstattungen)	5 143 600,-	7,1 %
f) Zuführung an den außerordentlichen Haushalt	11 186 700,-	15,4 %
g) Finanzaufwand (Zuführung an Rücklagen, Darlehenstilgung, Spesen aus dem Zahlungsverkehr usw.)	1 731 500,-	2,4 %
h) Sonstiger Sachaufwand (Zweckaufwand)	8 979 100,-	12,4 %
3. Einmalige Ausgaben	<u>3 444 100,-</u>	4,7 %
	<u>72 574 900,-</u>	

Vom Personalaufwand von S 17 410 800,-, d. s. 24 % der Gesamtausgaben, entfallen an Produktivlohne des Städt. Wirtschaftshofes S 3 225 600,- und auf die Hoheitsverwaltung S 14 485 200,- bzw. 19,9 %. Der Aufwand für Ruhe- und Versorgungsgenüsse beträgt 1 753 900,- d. s. 10,1 % des gesamten Personalaufwandes bzw. 36,8 % der Aktivbezüge der pragmatisierten Bediensteten.

Gruppe 0 "Allgemeine Verwaltung"

In dieser Gruppe sind durchwegs Pflichtausgaben enthalten. Der Zuschußbedarf beträgt S 5 355 000,-.

Gruppe 1 "Polizei"

Den Einnahmen in dieser Gruppe von S 201 900,- stehen Ausgaben von S 1 491 500,- gegenüber. Der Zuschußbedarf beträgt demnach S 1 389 600,- und hält sich im Rahmen des Vorjahrsansatzes. Der Polizeikoostenbeitrag ist in der gleichen Höhe wie bisher mit S 736 000,- eingesetzt, das sind S 20,- pro Kopf der Bevölkerung der Stadt.

Gruppe 2 "Schulwesen"

Der Zuschußbedarf von S 3 333 100,- verteilt sich wie folgt:

1. Allgemeine Schulverwaltg.	127 900,-
2. Volks- und Hauptschulen	2 118 000,-
3. Gewerbliche und kaufmännische Berufsschulen	140 100,-
4. Städt. Handelsschule	191 600,-
5. Städt. Lehranstalt für Frauenberufe	731 900,-
6. Stadtbildstelle	3 600,-
7. Studien- und Lernbeihilfen	20 000,-

Der im Vergleich zum Voranschlag 1958 um S 499 000,- verringerte Zuschußbedarf ist einerseits auf eine Minderung der einmaligen Ausgaben, andererseits auf die Schließung der Kematmüllerschule zurückzuführen.

In der Gruppe 3 "Kulturwesen"

betragen die Einnahmen S 723 000,--, die Ausgaben S 1 578 900,--, der Zuschußbedarf S 855 900,--. Der Aufwand in dieser Gruppe hält sich allgemein im Rahmen des Aufwandes der Vorjahre.

Gruppe 4 "Fürsorgewesen und Jugendhilfe"

An Einnahmen sind veranschlagt S 3 921 200,--
an Ausgaben S 9 314 700,--
der Zuschußbedarf beträgt demnach S 5 393 500,--
gegenüber S 5 840 800,-- des Voranschlagsjahres 1958.

Der Zuschußbedarf verteilt sich auf folgende Abschnitte:

Allgemeine Verwaltung - Fürsorgeamt	S	471 500,--
Wirtschaftliche und gesundheitliche Fürsorge	"	1 064 400,--
Geschlossene Fürsorge	"	1 137 800,--
Förderung der freien Wohlfahrtsfürsorge	"	54 000,--
Sonstige Wohlfahrts- und Fürsorgemaßnahmen	"	444 500,--
Einrichtungen des Fürsorgewesens	"	466 000,--
Jugendhilfe	"	603 400,--
Fürsorgeerziehung	"	3 700,--
Einrichtungen der Jugendhilfe	"	1 148 200,--

Gruppe 5 "Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung"

Einnahmen	S	48 400,--
Ausgaben	"	1 592 400,--
Zuschußbedarf	S	1 544 000,--

Gegenüber dem Voranschlag 1958 erhöht sich der Zuschußbedarf um S 721 300,-- und zwar durch die Veranschlagung des Beitrages an den o.ö. Krankenanstaltssprengel in der Höhe von S 800 000,--. Das o.ö. Krankenanstaltsgesetz vom 21. 5. 1958, LGBI. Nr. 19/1958, bürdet den Gemeinden Oberösterreichs insofern neue Lasten auf, als zur teilweisen Deckung der Betriebsabgänge der öffentlichen Krankenanstalten Oberösterreichs die Gemeinden die Hälfte des Landesbeitrages (30 % der Gesamtsumme der Betriebsabgänge) zu leisten haben. Dieser Gemeindebeitrag wird im Verhältnis der Finanzkraft auf die Gemeinden aufgeteilt.

Gruppe 6 "Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen"

Den präliminierten Einnahmen von S 1 270 600,-- stehen Ausgaben von S 5 876 200,-- gegenüber. Der Zuschußbedarf beträgt daher S 4 605 600,-- (1958: S 4 810 700,--)

Neben der allgemeinen Bauverwaltung einschließlich der Hoch- und Tiefbauverwaltung, des Städtebau-, Planungs- und Vermessungswesens ist die Hauptausgabe der Aufwand für die Straßenerhaltung in Höhe von 3 Mill. Schilling. Von diesem Aufwand entfallen allein 1,1 Mill. Schilling auf die laufende Straßenerhaltung, auf den Neu- und Ausbau von Straßen und Gehsteigasphaltierungen 1,9 Mill. Schilling. Rechnet man noch die im außerordentlichen Haushalt für diesen Zweck veranschlagten Beträge von 2,3 Mill. Schilling hinzu, so ergibt sich für den Ausbau der Verkehrswege ein Aufwandsbetrag von 4,2 Mill. Schilling.

Gruppe 7 "Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung"

Der Zuschußbedarf in dieser Gruppe beträgt S 4 101 000,-- (1958: S 3 651 100,--).

Für die Straßenbeleuchtung ist ein Aufwand von rund 1,5 Mill. Schilling vorgesehen, für die Straßenreinigung 1,2 Mill. Schilling, für die Stadtentwässerung S 320 000,--, für das Feuerwehrgewesen S 363 000,- und für die Park- und Gartenanlagen rund 490 000,- S. Die übrigen Einrichtungen wie Müllabfuhr, Städt. Wirtschaftshof, Marktwesen, Städt. Freibank und öffentliche Waagen sind kostendeckend. Die bei diesen Einrichtungen ausgewiesenen Fehlbeträge sind Kosten einmaliger Anschaffungen.

Gruppe 9 "Finanz- und Vermögensverwaltung"

Nachstehend die Gebarungserfolge einzelner Unterabschnitte dieser Gruppe:

Finanzverwaltung-Rech-	Zuschußbedarf	771.500,-
nungsamt		
Allgem. Kapitalvermö.	Überschuß	2 803 600,-
Schuldendienst	Zuschußbedarf	4 200,-
Liegenschaftsverwaltg.	"	472 300,-
Haus- u. Grundbesitz	Überschuß	1 295 400,-
Stadtsteueramt	Zuschußbedarf	213 100,-
Eigene Steuern	Überschuß	39 332 500,-
Ertragsanteile	"	4 590 000,-
Umlagen	Zuschußbedarf	2 786 000,-
Ersätze an Ausgleichs-		
zulagen nach dem ASVG		
und GPSVG	Zuschußbedarf	6 120 000,-
Zuführung an den		
a. o. Haushalt	"	11 186 700,-

Durch die stets steigenden Einnahmen an Zinsen für die Wohnbaurdarlehen, die die Stadtgemeinde der Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr gegeben hat, ergibt sich im Vergleiche zum Voranschlagsjahr 1958 ein erhöhter Überschuß. Im Unterabschnitt städt. Grund- und Hausbesitz ist der höhere Überschuß auf erhöhte Mieteinnahmen und auf den Mehrertrag an Konzessionsabgabe zurückzuführen. Der im Vergleich zum Vorjahr erzielte erhöhte Überschuß im U. A. "Eigene Steuern" ist nicht etwa durch erhöhte Steuereinnahmen erzielt worden - die Einnahmen an gemeindeeigenen Steuern sind vielmehr um rund 1,5 Mill. gesunken - sondern durch die um rund 5 Mill. Schilling verringerten Ausgaben an Gewerbesteuerpitzenausgleich.

Außerordentlicher Haushalt

Im außerordentlichen Haushalt sind nachstehende Vorhaben veranschlagt:

1. Leistungen für Rückstellungen S 200 000,-
2. Planungskosten für den Zubau an das Gebäude der Hauptschule in der Industriestraße " 100 000,-
3. Ausbau des Sportplatzes auf der Rennbahn - Baurate " 500 000,-
4. Aufwand für Wohnungsbauten S 11 750 000,-
5. Für den Ausbau von Straßen und Brücken " 3 355 000,-
6. Für Kanalbauten " 1 050 000,-
7. Für den Ankauf eines Katastrophenfahrzeuges für die Feuerwehr " 360 000,-
wofür eine Subvention seitens des Landesfeuerwehrkommandos von S 150 000,- veranschlagt ist.
8. Bau einer Schwimmbadeanlage

in Ramingsteg - Restbaurate	S 3 500 000,-
9. Für die Erweiterung des Wasserleitungsnetzes	" 630 000,-
10. Auf- und Ausbau des Taborturmes - Restbaurate	" 300 000,-
11. Für den geplanten Ankauf von Liegenschaften	" 1 920 000,-

Der Aufwand für Wohnbauten von S 11 750 000,- mobilisiert natürlich auch Gelder des Bundes- Wohn- und Siedlungsfonds, des Landes- Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnbauförderungsfonds.

Ich werde Ihnen dann zum Schlusse noch den Wirtschaftsplan der Wohnungsgesellschaft der Stadt zur Kenntnis bringen.

Wirtschaftsplan der Städt. Unternehmungen

Der Wirtschaftsplan der Städt. Unternehmungen zeigt folgendes Ergebnis:

	Ertrag	Aufwand	Ergebn.
1. Wasserwerk	2 524 200,-	2 524 200,-	-
2. Verkehrsbetrieb	2 874 000,-	2 874 000,-	-
3. Reklame	51 800,-	51 800,-	-
4. Bestattung	396 300,-	396 300,-	-
5. Krematorium u. Leichenhalle	226 700,-	226 700,-	-
	<u>6 073 000,-</u>	<u>6 073 000,-</u>	-

Sämtliche Betriebszweige sind in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen, der Wirtschaftsplan der Städt. Unternehmungen schließt daher weder mit einem Gewinn noch mit einem Verlust ab.

Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr

Auch die Gebarung dieser Einrichtung mit S 330 000,- in Einnahme und Ausgabe ist ausgeglichen. Die von der Gemeinde zu tragenden mittelbaren Leistungen sind wie im Vorjahr mit S 40 000,- veranschlagt.

Sonderhaushaltsplan

Die Stadtgemeinde verwaltet zwei Stiftungen mit eigener Rechtspersönlichkeit und zwar die Schiffmeister Reder'sche Jubiläumstiftung mit einem voraussichtlichen Vermögenstand am 31. 12. 1958 von S 6 520,- und die Dr. Wilhelm Groß-Stiftung mit einem voraussichtlichen Vermögenstand am 31. 12. 1958 von S 55 050,-

Die Erträge dieser Stiftungen werden widmungsgemäß verwendet.

Der Wirtschaftsplan der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH läßt sich auch in diesem Jahr sehen.

Er sieht im Jahre 1959 einen Wohnbauaufwand von S 26 030 000,- vor. Darin ist enthalten der Aufwand für die Fertigstellung der bereits begonnenen Bauten auf dem Tabor und der Ennsleite mit S 6 700 000,- für das Hochhaus i. d. Färbergasse mit " 2 600 000,- für den sozialen Wohnbau in der Steinfeldstr. mit " 1 230 000,-

und für die UNREF-Bauten in Taschelried (U I-IV)

mit S 7 500 000,-
S 18 030 000,-

weitere der Aufwand für geplante Neubauten und zwar

Ennsleite VI 1. Baurate	S 3 000 000,-
Tabor VIII 1. "	" 2 000 000,-
Tabor IX 1. "	" 3 000 000,-
	<u>S 8 000 000,-</u>

Die Hausbewirtschaftung ist mit S 1 086 000,- und der Finanzaufwand mit " 3 656 200,-

veranschlagt. Der Gesamtaufwand beträgt demnach S 30 772 200,- u. ist zur Gänze gedeckt.

Schließlich haben Sie noch den Dienstpostenplan für den Personalstand zu beschließen.

Der Dienstpostenplan sieht folgenden Personalstand vor:

	Soll	Ist
Schema I pragmatisierte Arbeiter	18	22
Schema II Beamte	70	81
Schema III Vertragsbedienstete (Arbeiter)	228	223
Schema IV Vertragsbedienstete (Angest.)	133	115
Pragmatische Lehrer	2	2
Vertragsangestellte Lehrer und Kindergärtnerinnen	57	57
Kollektivvertragsarbeiter	19	19
Vollbeschäftigte	527	519
Nichtvollbeschäftigte	54	54
Personalstand	<u>581</u>	<u>573</u>

Ich bitte Sie, dem Voranschlag Ihre Zustimmung nicht zu versagen. Der Antrag, den Ihnen der Finanz- und Rechtsausschuß vorzulegen hat, lautet wie folgt:

Der Gemeinderat wolle beschließen:
I. Als Grundlage der Finanzierung der Stadtgemeinde Steyr für das Verwaltungsjahr 1959 wird der Voranschlag 1959 genehmigt und zwar:

1. Der ordentliche Haushalt	
a) mit Gesamteinnahmen von	S 72 574 900,-
und Gesamtausgaben von	" 72 574 900,-
Überschuß	
Abgang	- - -
b) mit Reineinnahmen von	S 66 731 300,-
und Reinausgaben von	" 66 731 300,-
Überschuß	
Abgang	- - -

2. Der außerordentliche Haushalt	
mit Gesamteinnahmen von	S 21 337 000,-
und Gesamtausgaben von	" 23 665 000,-
Abgang	S 2 328 000,-

3. Der Wirtschaftsplan der Städt. Unternehmungen	
mit Gesamteinnahmen von (Ertrag)	S 6 073 000,-
mit Gesamtausgaben von (Aufwand)	" 6 073 000,-
Gewinn	
Verlust	- - -

4. Der Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr	
mit Gesamteinnahmen von	S 330 000,-

und Gesamtausgaben von S 330 000,-
Überschuß
Abgang - , -

- II. Die Bauvorhaben des außerordentlichen Haushaltes können nur in dem Ausmaße durchgeführt werden, als eine Bedeckung gegeben ist. Die in den Samelnachweisen zu verrechnenden Ausgaben werden als gegenseitig deckungsfähig erklärt.
- III. Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden im gleichen Ausmaße wie im Jahre 1958 erhoben. Die Hebeansätze betragen:
1. für die Grundsteuer:
 - a) Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe 400 v. H.
 - b) Grundsteuer B für andere Grundstücke bei Berücksichtigung des Mindestbetrages der Steuer gem. § 31 G. St. G. 420 v. H.
 2. für die Gewerbesteuer
 - a) nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital 300 v. H.
 - b) Lohnsummensteuer 2 % der Lohnsumme
- IV. Die Sonderhaushaltspläne über Stiftungen und V. Der Dienstpostenplan werden genehmigt.

Bürgermeister Josef Fellingner:
 Der von Herrn Stadtrat Schanovsky vorgetragene Voranschlag steht zur Diskussion. Darf ich um Wortmeldung bitten. Bitte Herr Stadtrat Moser!

Stadtrat August Moser:

Sehr verehrter Gemeinderat!
 Wir sehen und haben auch aus dem Bericht des Herrn Finanzreferenten gehört, daß das Budget für 1959 nicht mehr als ein Budget der Hochkonjunktur bezeichnet werden kann. Wir können aber erfreulicher Weise sagen, daß es auch kein Budget der Krise ist, daß es immerhin noch Möglichkeiten offen läßt, für eine Bewirtschaftung des Gemeindehaushaltes, den man auch in der Zukunft, nach den Voranschlag gemessen, als produktiv bezeichnen kann. Ich möchte sagen, daß unser Haushaltsvoranschlag ein Spiegelbild der derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse ist, denn wir können in Österreich im allgemeinen, besonders aber in bestimmten Wirtschaftszweigen wie Textilindustrie, metallverarbeitende Industrie usw., ein Abflauen der Beschäftigung verzeichnen, gleichzeitig aber auch im Zusammenhang damit ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Wir wissen, daß wir derzeit einen bedeutend höheren Arbeitslosenstand haben, als es im vergangenen Jahr der Fall gewesen ist. Das Wirtschaftsforschungsinstitut sagt voraus, daß wir in den kommenden Monaten mit einer größeren Arbeitslosigkeit (über 200 000), also mehr als in den vergangenen Jahren, zu rechnen haben.

Wenn unser Budget heuer einen niedrigeren Stand aufweist, so ist dies, wie wir gehört haben, hauptsächlich auf die geringeren Eingänge an Gewerbesteuer, die ja eine Haupteinnahme der Gemeinde ist, zurückzuführen. Die Gewerbesteuer hat trotz fast gleichblei-

bendem Beschäftigungsstand in den Steyrwerken eine wesentlich niedrigere Einnahme ergeben. Man begründet das damit, daß auch die Steyr-Werke trotz gleichbleibendem Beschäftigungsstand verminderte Einnahmen zu verzeichnen haben. Wir müssen das glauben. Aber wir erinnern uns an die Vergangenheit, in der Kapitalsbegünstigungsgesetze geschaffen wurden, die besonders den größeren Unternehmungen Wege öffneten und ermöglichten, Auf- und Abwertungen verschiedener Natur vorzunehmen, die sich natürlich finanziell zu Gunsten dieser großen Gesellschaften und Betriebe auswirkten. Zugegeben, daß daher buchmäßig ein niedrigerer Gewinn ausgewiesen werden kann; dies jedenfalls aber zum Nachteil der Gemeinden.

Gleichzeitig wurde uns mitgeteilt, daß der ganze Voranschlag noch auf dem bisherigen Finanzausgleichsgesetz, das zwar in Bälde abläuft - wir wissen noch nicht wann das neue in Kraft treten soll, angeblich im Laufe des nächsten Jahres - beruht. Ob das neue Finanzausgleichsgesetz für die Gemeinden günstiger sein wird, wird man erst abwarten müssen. Ich bin von etwas zu viel Mißtrauen gegen Herrn Kamitz erfüllt, um ihm Zugeständnisse zuzumuten, die die Gemeinden begünstigen würden. Jedenfalls müssen wir nach dem Bericht des Finanzreferenten in diesem Budget mit der Abgabe des Bundespräzipiums, mit der Finanzierung der Polizei usw., noch rechnen. Wir haben gehört, daß außerdem neue Belastungen für die Gemeinden durch die Finanzierung, d. h. durch die Beisteuerung zum Defizit der Krankenhäuser auftreten. Vom Herrn Finanzminister wird uns nichts geschenkt. Wir kennen das bereits aus der Vergangenheit. Wir kennen aber auch die Bemühungen unserer Gemeinde, Mittel für einen neuen Brückenbau zu bekommen, der so vordringlich ist, daß man es nicht genug betonen kann. Gerade die heutige Mitteilung des Herrn Bürgermeisters, die einen Katastrophenzustand für Steyr bedeutet, zeigt uns, wie kurzsichtig man im Finanzministerium ist, daß man einem solchen Begehren einer Gemeinde nicht entgegenkommen will. Ich glaube deshalb, daß wir mit verstärkter Kraft und mit allen Mitteln dem Herrn Kamitz begreiflich machen müssen, daß unbedingt außerordentliche Mittel für den Brückenbau in Steyr zur Verfügung gestellt werden müssen und zwar von den vielen Millionen, die uns im Laufe der Jahre durch Bundespräzipium usw. abgeknöpft worden sind. Jeder von uns weiß, daß Bundespräzipium nur ein Name für das sogenannte Notopfer war - die Not des Bundes aber nun schon lange nicht mehr gegeben war und jetzt schon gar nicht gegeben ist. Gerade im Verlaufe der Budgetdebatte im Parlament hat die Öffentlichkeit zu hören bekommen, daß über 3 000 Millionen, also 3 Milliarden Steueraußenstände zu verzeichnen sind, und daß nach den Ausführungen des Herrn Kamitz angeblich 1 Milliarde überhaupt nicht mehr einbringbar ist. Wie würde sich unser Bürgermeister freuen, wenn ihm 1/10 von dieser Milliarde zur Verfügung gestellt würde, um die Steyrer Brücken bauen zu können. Herr Kamitz hat das gewissermaßen mit einer leichten Handbewegung gesagt, das ist ja gar nicht so schlimm, diese 3 Milliarden Außenstände. Na jedenfalls schlimm genug, denn wir fragen uns, wer sind diese Menschen oder Gesellschaften, die diese Steuerschulden nicht be-

zahlen wollen. Arbeiter und Angestellte sind es nicht. Wir wissen, Arbeitern und Angestellten werden ihre Steuern aus dem Lohnsäckchen genommen. Sie bekommen sie gar nicht in die Hand. Was die Umsatzsteuer betrifft, die wir für jede Ware bezahlen müssen, so müssen wir diese gleichzeitig mit dem Empfang der Waren bezahlen. Ich glaube auch nicht, daß es keine Geschäftsleute oder Gewerbetreibende sind, die diese Rückstände aufweisen, denn da kennen wir die Praxis der Finanzämter zu gut. Wir wissen wie rücksichtslos manchmal gegen kleine Gewerbetreibende oder Geschäftsleute beim Eintreiben der Steuern vorgegangen wird. Das sind jedenfalls die großen Aktiengesellschaften und dergleichen, die sich stark genug fühlen, hier Gelder zurückzuhalten, mit denen sie wirtschaften und ihren Gewinn vergrößern. Wir kennen dieses Kapital ja auch nicht nur vom Steuergebiet, sondern auch von der Krankenkasse aus, wo sehr oft Arbeitergelder, Krankenkassenbeiträge, die Arbeitern und Angestellten abgezogen wurden, nicht abgeführt werden und deshalb schwieriges Wirtschaften der Krankenkassen hervorrufen. Wir protestieren gegen eine derartige leichtfertige Steuereintreibung, weil wir glauben, daß die Mittel, wenn genug Energie aufgebracht wird, eingebracht werden können und man damit mehr den Gemeinden entgegenkommen kann bei Anforderungen für unbedingt notwendige Arbeiten. Es ist überhaupt himmelschreiend, möchte ich sagen, wenn man nur einiges, was sich im Verlaufe der Budgetdebatte im Parlament begeben hat, überdenkt. Es steht das auch in einem Zusammenhang mit der Gemeinde, weil wir, wenn die entsprechenden Mittel zur Verfügung wären, mehr leisten und unseren Verpflichtungen besser nachkommen könnten, während uns im entgegengesetzten Fall eben die Hände gebunden sind, um erfolgreich arbeiten zu können.

Ist schon der 3 Milliarden Steuerrückstand eine Ungeheuerlichkeit, so haben wir noch andere Dinge hören müssen, die es, glaube ich, notwendig machen, daß man sie auch hier in einer Gemeinde aufzeigt. Denn was sich da getan hat ist ja allerhand, ganz abgesehen von der "Haselgruberei", die zum Himmel gestunken hat, von der leider Angehörige beider Regierunsparteien angeschlagen wurden und die zeigt, wie in Österreich gewirtschaftet wird. Wir haben uns seinerzeit sicher alle mitsammen gefreut, als nach Abschluß des Staatsvertrages gesagt wurde, nun ist der Erdölreichtum in den Händen Österreichs. - Wieviel wurde damals während der Zeit der Besatzungsmacht geschimpft, geflucht und gejammert, weil der Reichtum Österreichs - das Erdöl - in ausländischen Händen war. Nun haben wir es seit Jahren wieder in unseren Händen und müssen feststellen, daß es systematisch wieder mit Zustimmung der Regierung in die Hände des ausländischen Kapitals gerät. Ist das österreichische Politik? Ich erinnere mich sehr wohl an den Ausspruch des Präsidenten des Gewerkschaftsbundes, Herrn Böhm, der gesagt hat, "Ja wenn wir das Erdöl in unseren Händen hätten, dann könnten alle Forderungen der Arbeiter befriedigt werden. "Es wurden Versammlungen durchgeführt und gesagt "Ja jetzt sind wir reich!" - Wo ist jetzt unser Reichtum in diesen wenigen Jahren hingekommen?

Dabei müssen wir feststellen - wiederum ein Widerspruch, den ein normaler Mensch nicht begreift - daß nicht nur dieses ausländische Kapital immer mehr in Österreich eingreift und den Ausländern das Öl in die

Hände gespielt wird, sondern die österreichische Bergbehörde der österreichischen Mineralölverwaltung, wie sie heute heißt, sogar neue Schürfrechte verweigert, während ausländische Kapitalgesellschaften beispielsweise auch in Oberösterreich nach Erdöl schürfen. Da kann man wohl sagen, da mögen sich einzelne Gemeinden bemühen wie sie wollen, um gut zu wirtschaften, an solchen Schranken werden sie anstoßen, weil das ja seine Auswirkungen auf alle Gemeinden hat.

Zu guter Letzt zum Abschluß des Jahres hören wir noch von einer Kapitalverschiebung einer Versicherungsgesellschaft Donau von 63 Millionen an Aktien in die Schweiz. Nachträglich gibt die Nationalbank sogar noch die Zustimmung dazu. - Überall Riesensummen, die den Gemeinden zugeführt, eine segensreiche Tätigkeit ermöglichen würden. Wir wissen, wie es überall, an allen Ecken und Enden fehlt, wie wir leiden und wie wir Mittel brauchen würden. Aber wir finden immer nur einen zugeknöpften Finanzminister. Hier werden aber ganz öffentlich, sozusagen mit Zustimmung der Nationalbank, 63 Millionen ins Ausland verschoben. Nicht nur, daß uns dieses Kapital verloren geht, wir werden dafür Millionen von Zinsen zahlen müssen. Das sind Dinge die einfach haarsträubend sind und die leider geschehen unter einer Regierung Raab - Pittermann. Daß man hier nicht eine festere Hand zeigt, um diesen Dingen entgegenzuwirken, und dieser kapitalistischen Lotterwirtschaft nicht mehr die Zügel anlegt, ist unverständlich.

Ich möchte jetzt ein Kapitel anschneiden, von dem ich glaube, daß es notwendig ist, es aufzuzeigen, weil es tief in das Sozialleben unseres Staates eingreift. Ich hoffe, nicht mißverstanden zu werden.

Es wurde bei der Budgetdebatte auch ein Ansuchen der Kirche um Entschädigung für durch Nazizeit und Krieg entstandene Schäden gestellt. Nun wurde beschlossen, der Kirche 200 Millionen Schilling als Vorschuß zu genehmigen, wovon 100 Millionen schon im nächsten Jahr und weitere 100 Millionen im übernächsten Jahr, zur Auszahlung kommen sollen. Die Bombengeschädigten, die Kriegs-Sachbeschädigten, Kriegsoffer usw., suchen schon jahrelang an, kämpfen und demonstrieren schon jahrelang, damit man ihnen zu Recht beanspruchte Entschädigungen gibt, für das was sie durch Krieg verloren haben. Viele haben ihre Wohnungen, ihr Haus, ihre Hausgeräte usw. verloren. Da wurde nun ein sehr jämmerliches Gesetz beschlossen, das sehr bescheidene Ersätze an Hausgeräten etc. vorsieht. Es ist geradezu unverständlich, daß man in einem Staat zuläßt, daß alle diese Kriegsoffer ihre Forderungen zurückstellen müssen, daß sie darauf verzichten müssen, daß man aber dann der Kirche 200 Millionen Schilling zubilligt. Ich bin kein Kirchenstürmer und ich bin tolerant genug, jedes Menschen Weltanschauung, seine religiöse Welt, zu achten. Aber hier vom sozialen Standpunkt aus gesehen, hätten meiner Auffassung nach, die Kirchenfürsten sagen müssen, wir verzichten derzeit, gebt diese 200 Millionen zuerst den Bomben- und Kriegsbeschädigten. Später dann könnt ihr uns in die zu Entschädigenden einreihen.

Was ich hier aufgezeigt habe, ist nur eine kleine Auslese von all dem, was wir gerade in den letzten Wochen anlässlich der Budgetdebatte zu hören bekommen haben. Es soll uns aber dazu veranlassen, darüber nachzudenken, wie in Österreich Politik gemacht wird. Während man den Kapitalgesellschaften und der armen

Kirche hunderte von Millionen Schilling zuschanzt, legt man dem Arbeiter neue Lasten und Bürden auf, immer unter dem Motto "kostendeckend wirtschaften". Ich weiß nicht, bei allem guten Willen der Mitarbeit, den wir immer und immer wieder bewiesen haben und auch in Zukunft wieder beweisen wollen, was man sagen soll, wo mit der Belastung der Arbeiter begonnen wird, vom Staat bis zur Gemeinde oder von der Gemeinde bis zum Staat. Einmal beginnt die Gemeinde, Ihrer Bevölkerung Lasten aufzuerlegen, selbst wenn die vorhandenen Mittel es noch zuließen, irgendein Defizit noch eine Weile mitzutragen, um die Arbeiter zu entlasten; dann wiederum ist es der Staat, der den arbeitenden Menschen Lasten auferlegt. Ich möchte gerade hier wieder darauf verweisen, was wir als Gemeinde gemacht haben bzw. besser gesagt, die Gemeinderatsmehrheit, - z. B. Tarifierhöhung für Omnibusse, Tarifierhöhung des Wasserzins usw. - auf der anderen Seite der Staat, der es ebenso macht - 5 Schilling Krankenscheingebühr - wir bezahlen ohnehin schon 2 Schilling Medikamentengebühr - jetzt noch dazu diese 5 Schilling Krankenscheingebühr. Dazu kommt auch noch die Erhöhung der Mindestbeiträge für die Rentner. Bei allen diesen Belastungen sagt man, es sind ja nur ein paar Schilling, die spürt man ja nicht. Zählen sie zusammen, was in der letzten Zeit auf die Arbeiter an Belastungen abgewälzt wurde. Denken wir an die Strompreiserhöhung, Wasserzinsenerhöhung, an die Krankenscheingebühr, Krankenkassenbeiträge - Erhöhung - dies noch dazu von den Rentnern, den ärmsten Teufeln. - Auch eine Kohlenpreiserhöhung war in der Zwischenzeit. Da spricht man von einem Wohlfahrtsstaat. Wir waren einmal mit mehr Recht stolz auf die sozialen Errungenschaften in Österreich, als wie man es heute noch sein kann, wo man sie wieder eindämmt und dem Arbeiter sagt "Du zahl" Dir Deine sozialen Einrichtungen selbst von dem Lohn, der - selten erhöht wird, für den kein Geld da ist, während man, wie gesagt, für Steuerschulden und Kapitalsverschiebungen ins Ausland Geld genug übrig hat.

Wir glauben, daß von Seiten unserer Vertreter, soweit sie von Steyr in das Parlament und in den Bundesrat, der leider eine sehr untergeordnete Rolle spielt, entsandt werden, in Zukunft mehr gegen derartige Zustände Stellung genommen werden müßte. Man könnte sich fast versucht fühlen, angesichts der Zuschanzung von hunderten Millionen an die Kirche, zu sagen, wir leben nicht mehr in einem Wohlfahrtsstaat, sondern wir kommen schön langsam in einen Kirchenstaat. Herrn Kollegen Hochmayr, der schon wiederholt an den Herrn Bürgermeister appelliert hat, man möge doch auch für die Privatschulen Zuschüsse für die Bücher geben usw., möchte ich den Rat geben, er soll sich in Zukunft doch an die Kirche wenden, die verfügt jetzt über Millionen, während ja die Gemeinde ihr Kapital braucht, um die Brücken bauen zu können und sich wahrscheinlich wieder in Schulden wird stürzen müssen.

Zu unserem Haushaltsvoranschlag möchte ich noch folgendes sagen und wiederholen, was wir schon im vergangenen Jahr gesagt haben und wirklich bitten, sich dahinter zu setzen. Ich meine hier, bei der Landesregierung vorstellig zu werden, um die Richtsätze für die Gemeindebefürsorgten zu erhöhen, die, wie

wir wissen, in anderen Bundesländern höher sind. Diese sind ja so bescheiden, daß man sich kaum vorstellen kann, damit überhaupt leben zu können. Ich habe dies bereits das letzte Mal aufgezeigt und wiederhole es wieder, denn man kann das gar nicht oft genug sagen; diese Leute führen das Leben eines Bettlers. Man wird ev. erwidern, sie bekommen ja Kohlenaktionen, Kleideraktionen usw. - Wenn das Arbeiter sind, die zeitweilig in der Arbeiterbewegung gestanden haben, so müssen sie das Gefühl haben, daß sie heute als Befürsorgte, als Bettler gewissermaßen, ihre alten Tage fristen müssen, obwohl sie für eine bessere Zukunft gekämpft haben.

Hier unser Appell an das Präsidium, das der Verhandlungspartner des Landes ist, man möge sich wirklich dafür einsetzen, daß die Richtsätze der Gemeindebefürsorgten erhöht werden.

Zum Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen. - Wir haben trotz eingeschränkter Budgetmittel erfreulicherweise noch die Möglichkeit, ein Wohnbauprogramm abwickeln zu können, das sich auf Grund der Verhältnisse immer noch sehen lassen kann. Ich glaube aber, es ist eine neue Frage, und zwar nicht erst jetzt, sondern schon vor längerer Zeit aufgetaucht. Uns allen ist bewußt geworden, vielleicht in den letzten Jahren mehr als früher, daß sich Wohnbau- und Mietenfrage nicht von einander lösen lassen, sondern daß diese bezüglich der Kosten usw. zusammenhängen. Wenn wir uns in den ersten Jahren, gewissermaßen zu Beginn der Bautätigkeit, alle mitsammen gefreut und davon gesprochen haben, einen sozialen Wohnbau durchzuführen bzw. durchführen zu können, nämlich daß die sich ergebenden Mieten für jeden Arbeiter und Angestellten, auch für den Durchschnittsverdiener sowie den kleineren Verdiener, tragbar sein werden und jeder eine gesunde, geräumige, lichte und sonnige Wohnung, die seinem Gesundheitszustand entsprechen wird, sich leisten wird können, so glaube ich, können wir bei einiger selbstkritischer Einstellung und objektiver Beurteilung heute trotz unserer Anstrengung, Wohnungen zu bauen, nicht mehr von sozialem Wohnbau sprechen. Denn wenn die Mieten pro m² S 6, -- und S 7, -- ergeben, so ist das kein sozialer Wohnbau mehr.

In Wien wurde gekämpft und gerungen, um einen Mietzins von S 3, 50 pro m² durchzusetzen, wobei die Gemeinde Wien sich bereit erklärte, durch Legen von Parkettböden, durch Auskachelung der Küchen und Badezimmer usw. den Mietern gewissermaßen entgegenzukommen. Also S 3, 50 pro m² bei besserer Ausgestaltung der Wohnung. Wie stehen da wir mit unseren S 2, - pro m² da.

Ich glaube nicht, daß die Kollegen der Mehrheit nicht so viel das Ohr an der Stimme der Bevölkerung hätten wie wir, daß sie nicht auch hörten, daß diesbezüglich schon eine allgemeine Kritik von Seiten der Bevölkerung geübt wird. Die Bevölkerung anerkennt zwar, was gebaut wird, weil die Wohnungsnot groß war, groß ist und viele Jahre auch noch groß sein wird. Dies nützt aber nichts, denn wir sind heute auf einem Stand, daß nur dem glücklicheren Verdiener, der mindestens S 3 000, -- oder mehr verdient, oder wo beide Ehepartner diese Summe verdienen, die Möglichkeit gegeben ist, in Zukunft eine Gemeindeförderung mieten zu können. Das kann aber nicht der Zweck unserer Bau-

tätigkeiten sein.

Ich habe gewissermaßen schon bei der letzten Budgetberatung das Bauamt kritisiert und gesagt, wir erwarten vom Bauamt, daß Vorschläge kommen, die uns ein billigeres Bauen ermöglichen sollen. Soweit ich im Laufe dieses Jahres mitgearbeitet habe, sind meines Wissens keine derartigen Vorschläge eingegangen. Ich glaube kaum, daß wir, soviel ich mich entsinnen kann, im abgelaufenen Jahr billiger gebaut haben.

Einige Wochen vor dem Stattfinden unserer letzten Budgetberatungen war in Wien gerade eine internationale Konferenz von Baufachleuten. Daraus habe ich Ihnen damals bereits ein Beispiel angeführt. Es wurde dort nämlich festgestellt, daß, wenn man einen gewissen Typenbau einmal gebaut hat, bei gründlicher Überprüfung der Kalkulation und der Berechnung aller Entstehungskosten, man den nächsten Bau derselben Art um mindestens 17 % billiger erstellen kann. Ich habe das damals ausdrücklich ausgeführt und habe gedacht, daß das Bauamt wahrscheinlich auch den Bericht lesen wird. Wir haben doch einen ganz schönen Stab von Architekten und Baumeistern hier, von denen man erwarten könnte, daß sie sich eben auch ein bißchen anstrengen und mit Baumethoden anderer vertraut machen. Ich gehe so weit und werfe einen Gedanken auf, selbst auf die Gefahr hin, mißverstanden oder kritisiert zu werden. - Ich habe mir vor kurzer Zeit die letzten Wohnungen bei der Roseveltstraße oben, die fertiggestellt sind, angesehen. Es sind absolut schöne Wohnungen, sowohl raummäßig als auch wohnmäßig und, soweit sie mit Boilern versehen sind usw., einwandfrei eingerichtet. Die Mieter aber werden wahrscheinlich S 7, -- pro m² (Zwischenruf "S 6, --") also bitte S 6, -- betragen. Ich frage mich aber, ob es nicht - das wäre eine Sache der Überlegung, denn wir alle wollen uns ja anstrengen und mithelfen, nicht nur Wohnräume zu schaffen, sondern sie auch so herzustellen, daß der Arbeiter sich diese Wohnungen leisten kann - dem Mieter überlassen werden soll, den Boiler usw. einzurichten. Dadurch würden wir auf billigere Erstehungskosten kommen. Die Familie die es sich leisten kann, kann sich ja dann selbst Stück für Stück dieser Einrichtungen anschaffen.

In Wien hat man auf Grund des Vorschlages der Gemeinde Wien, sie wird nun besser einrichten, mit Recht gesagt, die Mierte, die dort mit S 3, 50 festgelegt wird, wird der Mieter, wenn er 20, 30 Jahre oder bis zu seinem Lebensende in der Wohnung verbleiben wird, immer bezahlen müssen; wenn sich der einzelne jedoch selbst diese Dinge anschafft, wird er in einer gewissen Zeit mit der Abstattung dieser Einrichtungsanschaffungen fertig sein. Ich meine, man soll sich auch diesen Gedankengang irgendwie zurecht legen, um in Zukunft vielleicht zu ermöglichen, doch billiger zu bauen.

Nun gut, man dann dem entgegensetzen, es gibt in Steyr immerhin eine Anzahl von Menschen, die sich auch diese Mieten noch leisten können, obwohl die Gerüchte gehen, daß angeblich, weiß ich wie viele Dutzend oder Hunderte, bei der Mierte rückständig sind. Ich habe mich diesbezüglich einmal beim Herrn Magistratsdirektor erkundigt, der dies verneint hat. Stellen wir uns aber vor, wenn die Arbeitslosigkeit noch steigt und einer nur ein, zwei oder drei Monate

arbeitslos ist - da ist er vom Glück begünstigt, wenn er nach dieser Zeit schon wieder arbeiten kann - so machen diese hohen Mieten schon eine schöne Summe aus. Deshalb bin ich der Meinung, daß wir uns alle bemühen sollen, einen Weg zu finden, billiger zu bauen, ohne so kleine Räume zu bauen - was auch noch kritisiert wird -, daß man nichts hineinstellen kann. Da wird nun einer sagen, na gut, gib mir das Rezept dazu, wie man das machen soll. Ich glaube aber, wenn Wien um S 3, 50 bauen kann, wenn private Baugenossenschaften sozusagen um S 4, -- und S 5, -- bauen, dann müßte es auch der Gemeinde Steyr möglich sein, billiger zu bauen. Unsere Baumeister, die da bei den Gemeindebauten beteiligt waren, sind alle mit-sammen nicht ärmer geworden. Wir wünschen keinem, daß er zugrunde gehen soll, aber wir müssen eines feststellen, daß bei Offertlegungen, soweit mir das aus dem Stadtrat bekannt ist, - das ist aber nicht die erste Stelle, die sich mit diesen Dingen beschäftigt, zuerst ist das Magistratspräsidium und die Mehrheitsfraktion zuständig - doch oft Offerte zum Vorschein kommen, die einem normal denkenden Menschen mit gesundem Hausverstand sagen, das ist nicht möglich, hier muß entweder eine Riesendummheit vorliegen, die eine solche Fehlkalkulation ergibt, oder ein bewußter Fehler, fast möchte ich sagen Betrug. - Ich will aber Niemandem damit als Betrüger bezeichnen. - Meine Damen und Herren, wenn oft mehr als ein Drittel bei solchen Kostenvoranschlägen als Differenz aufscheint, so ist das nicht in Ordnung. Ich erinnere mich an die vergangene Budgetdebatte bei der Herr Kollege Hochmayr gesagt hat, na eines ist bei der Preisstellung sicher übersehen worden, eine gewisse Geschäftsmoral. Ich habe damals einen zynischen Zwischenruf gemacht, ich gebe es zu. Heute aber bin ich auch der Meinung, daß die Geschäftsmoral nicht sehr hoch ist, wenn solche Kalkulationen zu Vorschein kommen. Ich glaube, daß in dieser Hinsicht vom Bauamt aus mehr gemacht werden könnte und mehr gemacht werden müßte, um solchen Kalkulationen entgegen zu treten. Bitte ich muß bestätigen, daß im Stadtrat vom Herrn Bürgermeister einige Male gesagt wurde, wir stellen diese Voranschläge zurück, weil sie uns unglaublich erscheinen.

Man möge das, was ich hier sage, ruhig an die Steyrer Geschäftswelt weitergeben, die an den Gemeindebauten beteiligt ist und zwar auch an die Gewerbetreibenden aller Kategorien, die an den Bauten beteiligt sind. Das muß einmal mit aller Offenheit ausgesprochen werden, weil die Leidtragenden dieser hohen Kosten die Mieter sind, die Arbeiter und Angestellten, von denen es sich dann wenige leisten können, eine Gemeindeführung zu beziehen. Man hört auch öfter das Argument, über die Mieten wird gejammert, aber zugleich steht der Sechshunderter oder Fünfhunderter unten. Dazu möchte ich sagen, na, wenn es schon so ist, dann sollten wenigstens Garagen dafür gebaut werden.

Ich habe in den letzten Tagen eine kleine Statistik gelesen, die besagt, daß in Steyr über 7 000 Lohnexekutionen liegen, also mehr, als in den Steyrwerken Leute beschäftigt sind oder zumindest gleich viel. Die Exekutionsbeamten vom Gericht können ihrer Aufgabe, überall gleichzeitig einzuschreiten, nicht mehr gerecht werden. Zugegeben, daß viele Dutzende von diesen

7 000, vielleicht einige Hunderte, etwas leichtfertig gekauft haben, verleitet von den so verlockenden Raten-geschäften, später dann aber gesehen haben, daß sie die Raten einzuhalten bei ihrem Einkommen nicht im Stande sind; das mögen aber nur einige Hunderte sein. Dazu verlockt, einen modernen Haushalt zu führen, haben sie sich eben zu viel zugemutet. Ich will damit sagen, daß es also mit dem Wohlstand und der finanziellen Leistungsfähigkeit der Arbeiter nicht so glänzend steht, als man oft leichthin sagt.

Die Kritik, die in der Bevölkerung Steyr's geführt wird, bezieht sich nicht nur auf das teure Bauen und teure Wohnen, sondern auch auf verschiedene Objekte unserer Bautätigkeit. Hier möchte ich eines anführen, das auch schon wiederholt mit einem gewissen Anflug von Humor oder Zynismus genannt wurde. Es ist dies das Taborkirchlein, das viel umstrittene, das, hoffen wir, im kommenden Jahr einer Fertigstellung zugeführt wird. Darüber wurde sehr viel gesprochen, über die lange Bauzeit usw., die ja gerade auch nichts verbilligt. Das ist uns allen ja klar. Weiters dann das Bad in Münichholz, das, hoffen wir, heuer auch zumindest besuchsfähig werden wird, nachdem schon viele Millionen hineingesteckt wurden. (Zwischenruf: "1958 wohl kaum"). Heuer natürlich nicht mehr, nächstes Jahr wollte ich sagen. - Ich höre da einen Zwischenruf, bitte!

(Zwischenruf von Stadtrat Enge: "Rom ist auch nicht an einem Tag gebaut worden!")

Rom dürfte ein bißchen größer sein, als es das Steyrer Bad ist. Wir sind zwar sehr großzügig dabei, Kollege Enge, aber mit Rom können wir uns doch nicht vergleichen; also hinkt ein jeder Vergleich!

Was ich nun anführen möchte, ist vielleicht ein kleiner Schönheitsfehler, gibt aber auch Anlaß zur Kritik. Es ist dies das Stollhaus, das begonnen wurde, auch nicht sehr billig, - ich habe schon gesagt ich bin kein Künstler - aber selbst von Kunstsachverständigen nicht sehr gut beurteilt wird. Soviel ich weiß, wird im Frühjahr die Bautätigkeit wieder aufgenommen werden, um es richtig fertig zu stellen.

Wenn ich schon von Bautätigkeit und Verbilligung rede, ist mir beispielsweise ein Fall bekannt, der auch das Bauen verteuert und zwar ist das in der Wachturmstraße, wo von unserem Gaswerk Rohrleitungen gelegt wurden und dann, als die Bauarbeiten von der Firma Zwettler aufgenommen wurden, diese Rohrleitungen auf einmal an der Erdoberfläche lagen, sodaß sie nochmals, und zwar tiefer, eingegraben werden mußten, was die doppelte Arbeit und die doppelten Kosten ergeben hat.

Ich glaube, daß es auch Aufgabe des Bauamtes sein müßte, derartige voreilige Arbeiten zu vermeiden, also rechtzeitig einzugreifen, um nicht nachher mit doppelten Kosten rechnen zu müssen.

Das hätte ich zum Kapitel Wohnbau zu sagen gehabt und ich glaube, es wurde so gebracht, daß jeder sieht, daß es nicht ein zum Fenster hinausreden ist, sondern daß wir alle mitsammen daran interessiert sind, auf Grund der gegebenen Verhältnisse zu versuchen, in Zukunft billiger zu bauen. Das Budget ist in der Gesamtheit so erstellt, daß es auch für Straßenbau, für Gehsteige, Asphaltierungen usw. Möglichkeiten zuläßt. In diesem Zusammenhang möchte ich wieder etwas in Erinnerung bringen und zwar ohne Erinnerungs-

schreiben. Es ist dies der schon wiederholt urgierte Weg in Münichholz, der zum Lehmannhof hinaufführt, der sehr steil und im Winter für alte Leute nicht gangbar ist. Dieser sollte terrassenförmig mit einer Stiege gemacht werden, ähnlich dem auf die Ennsleite führenden. Man darf das nicht außer Acht lassen, weil dieser Weg eine Lebensgefahr für alte Leute bildet.

Ich möchte auch noch die Notwendigkeit des Baues eines Wartehäuschens am Plenkelberg wiederholen - es ist dies die dritte Budgetberatung in der ich nun das aufzeige - und die Kollegen von Münichholz und die Herren der Mehrheitsfraktion bitten, mich in diesem Bestreben zu unterstützen. Die Münichholzbewohner werden Ihnen dafür dankbar sein, wenn Sie dort beim Warten auf den Autobus nicht jeder Witterung ausgesetzt sind.

Ich wiederhole auch die Notwendigkeit des Ausbaues der ehemaligen Grenzstraße. Da wird mir bestimmt Herr Kollege Hochmayr zur Seite stehen. Dieser Ausbau ist nämlich wirklich eine unbedingte Notwendigkeit, sonst erfolgt womöglich einmal ein Erd-rutsch in den Bach und wir können dann nur von Glück reden, wenn es dabei keine Toten gibt.

Nun komme ich zum Kapitel Spielplätze. Ich meine dabei Spielplätze für die Schuljugend, nicht Sandgruben für die ganz kleinen Babys. Auch dieses Problem wurde bereits aufgezeigt. Ich habe damals einen Vorschlag für die Fischhubsiedlung gebracht. Ich meinte die seinerzeitige Schottergrube, in die jetzt nur Abfallmaterial geführt wird. Wenn man diese Grube planieren würde, so ergäbe das einen wunderbaren Spielplatz für die Kinder. Gleichzeitig würde dann der nachbarliche Streit wegen des Einschießens der Fensterscheiben mit Fußbällen aufhören.

Dasselbe gilt für einen Spielplatz am Tabor. Die ganze Siedlung hat keinen Spielplatz. Es ist auch beabsichtigt, dort noch 2 Gebäude zu bauen. Ich kann mich sehr gut erinnern, wie ich dieses Kapitel angeschnitten habe, glaube ich, ist der Kollege Wally aufgestanden und hat gesagt: "In der Neustraße brauchen wir auch einen Spielplatz". Daraufhin ist dann Herr Kollege Enge aufgestanden und hat etwas voreilig gesagt, er habe den Blick auch dorthin schon geworfen. Der Blick vom Kollegen Enge aber war anscheinend nicht so faszinierend, daß dort ein Spielplatz entstanden wäre. Also ist auch das noch ausständig. Ich hoffe nur, daß Kollege Wally nicht wieder einen Ordnungsruf bekommt, wenn er darauf besteht und ersucht, daß man diesen Spielplatz ausbaut bzw. überhaupt erst errichtet.

(Zwischenruf von Gemeinderat Baumann: "Seine Kinder sind inzwischen schon groß geworden").

Möglich, dasselbe gilt aber auch gerade für die Ennsleite, Kollege Baumann. Ich glaube, auch ihr da oben habt noch keinen Spielplatz für die Schuljugend, wo diese wirklich Fußballspielen und herumtollen könnte.

Das also wären die Wünsche, die wir vorzubringen haben und von denen wir glauben, daß sie bei einigem guten Willen auch zu verwirklichen sind.

Wenn wir den Voranschlag betrachten, so müssen wir feststellen, daß in diesem das Münichholz nicht berücksichtigt wurde. Es stehen Summen zum Ausbau von Gehsteigen usw. im Voranschlag noch zur

Verfügung. Wir werden halt gemeinsam trachten müssen, daß mindestens die notwendigsten Maßnahmen - die von mir genannten sind zumeist sehr vordringlich - im kommenden Jahr zur Durchführung gelangen.

Bezüglich der Beleuchtung der Arbeiterstraße ist mir eine Beschwerde zugegangen. Das ist eine der frequentiertesten Straßen der Ennsleite und hat nur eine oder zwei Lampen. Beim zukünftigen Beleuchtungsprogramm wird es notwendig sein, auch diese Straße zu berücksichtigen.

Damit, möchte ich sagen, haben wir nun aufgezeigt, was wir für notwendig halten und ich bitte noch einmal, besonders das Kapitel Wohnungsbau zu berücksichtigen. Zum Schluß möchte ich erklären, daß wir für beide Haushalte, sowohl für den ordentlichen als auch für den außerordentlichen stimmen werden. Unsere Zustimmung gilt aber nicht sowie bisher dem Polizeikostenbeitrag und dem Bundespräzipuum.

Was uns die Zukunft, der neue Finanzausgleich, bringen wird, werden wir ja sehen. Wie gesagt, ist mein Vertrauen zum Herrn Kamitz nicht groß. Es täte mich wundern, wenn er den Gemeinden etwas in der Tasche ließe.

Hiermit möchte ich also im Namen meiner Fraktion die Zustimmung zu den beiden Haushalten und die Wünsche, die wir haben, dargebracht haben. Danke.

Bürgermeister Fellingner:
Bitte Herr Gemeinderat Hochmayr!

Gemeinderat Josef Hochmayr:
Sehr verehrte Damen und Herren!

Wir haben uns bereits im Finanz- und Rechtsausschuß mit dem Voranschlag befaßt und dort im Namen der Fraktion unsere Wünsche dargebracht. Ich möchte sie hier vor dem Gemeinderat wiederholen.

Ehe ich aber zu den einzelnen Punkten komme, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich jedem einzelnen von Ihnen für das, das ganze Jahr hindurch bewiesene Entgegenkommen danken. Ich möchte Sie darum auch für das kommende Jahr bereits jetzt herzlich bitten.

Wenn das in wenigen Tagen ablaufende Jahr einige wesentliche Wünsche nicht erfüllt sieht, so bin ich selbst jetzt, nach der Rede des Herrn Vizekanzlers Pittermann, die er in Wels gehalten hat, leider war sie 2 Tage zu spät nach unserer Sitzung, doch der vollen Überzeugung, daß unsere Wünsche, die eigentlich Anträge sind, die bereits seit Jahren bekannt sind, im kommenden Jahr trotz des gekürzten Budgets - unser hochverehrter Finanzexperte ist ja immer sehr vorsichtig, was sich ja stets als gut beweist - doch erfüllt werden können und zwar auch aus parteipolitischen Gründen, weil ich fast glaube, um auf Dr. Pittermann zurückzukommen, daß, wenn man sie nicht erfüllen würde, den Intentionen des Herrn Vizekanzlers entgegengetreten würde. Ich glaube, das kann man nicht gut. Bitte, ich weiß natürlich nicht, ob es eine Wahlrede war oder ob er es ernst meinte.

Zum Voranschlag selbst darf ich Ihnen bitte zu den einzelnen Punkten unsere alten Anträge in Erinnerung

bringen.

Ich komme gleich zu Gruppe 2, Lehrmittel und Bücherei. Wir finden dort eine Kürzung des Betrages vor. Wir haben uns diesbezüglich erkundigt, worauf der Herr Finanzreferent uns mitteilte, daß diese Kürzung deswegen möglich war, weil die Büchereien unserer Schulen vielfach aufgefüllt sind. Leider sind - ich danke Herrn Kollegen Moser vielmals für seine Erinnerung - die Privatschulen von dieser Bücheraktion noch immer ausgeschlossen. Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf wieder zurückkommen auf diese, in der letzten Budgetsitzung bereits vorgebrachte Härte und zwar hinsichtlich der Förderung des Kindes.

Meine sehr Verehrten, machen wir uns nichts vor; der Wohlsituierte Familienerhalter, der seine Kinder in die öffentliche Schule schickt, wird insoweit durch die Stadtgemeinde subventioniert, als sein Kind ein Leihbuch erhält. Der Minderbemittelte, dessen Kind in die Privatschule geht, ist von dieser Begünstigung ausgeschlossen. Und nun, meine Herren, folgendes: Diese Vorgangsweise berechtigt zur Überlegung, ob hier nicht die Frage geprüft werden soll, ob dieser Vorgang verfassungsrechtlich von Bestand ist. Es trifft ja nicht die Schule, die gefördert wird, es trifft ja das Kind, die Eltern, den Staatsbürger. Hier meine ich - ganz meine bescheidene Meinung - daß der Staatsbürger vor dem Gesetz nicht mehr ganz gleich behandelt wird. Es gibt in der Bundesverfassung keinen Zwang, sondern wir haben die Freiheit, zu wählen, in welche Schule man sein Kind schickt. Das dürfen wir nicht übersehen. Ich möchte Sie daher recht herzlich bitten, dies zu berücksichtigen und ich bin überzeugt, daß diese paar Schillinge hier trotz des sehr traurigen Brückenproblems keine bedeutende Rolle spielen. Der gute Wille vorausgesetzt, überwindet auch diese Schwierigkeiten.

Weil ich schon beim Kapitel Schule bin, darf ich auch erwähnen - es ist ja allgemein bekannt - daß die Rudigerschule ab 1938 den Schwestern entzogen wurde und bis zur Wiedereröffnung des Privatschulbetriebes öffentlich genützt wurde. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist richtig, daß anlässlich der Übergabe des Schulgebäudes, ersichtliche Schäden durch eine Ersatzleistung abgegolten wurden. Wenn aber ein Gebäude längere Zeit, ich möchte sagen, von Besitzfremden genützt wird, dann wird es auch zu Schäden kommen, die man nicht zum Zeitpunkt der Übergabe feststellen kann. Dies trifft auch auf diese Schule zu. Einige Zeit nach Übergabe hat sich herausgestellt, daß sämtliche Öfen zerheizt waren. Diese Zerheizung von 2 Öfen ist bereits im Übergabeprotokoll aufgezeigt. Die Schwestern sind nun vor der schwierigen Situation gestanden, entweder lauter neue Öfen anzuschaffen und somit unwirtschaftlich im derzeitigen Zeitpunkt zu handeln, weil dadurch ein hoher Heizaufwand eintritt, Schuldienerkosten und dergleichen entstehen, oder eine sparsamere Zentralheizung anzuschaffen. Sie haben sich über Anraten von Wirtschaftsexperten zur Anschaffung einer Zentralheizung entschlossen. Ich glaube, die Stadtgemeinde Steyr wäre hier moralisch verpflichtet, eine großzügige Subvention zu gewähren. Ein Ansuchen ist ja bereits da gewesen. Leider wurde es zum damaligen Zeitpunkt wegen Mangel an finanziellen Mitteln zurückgestellt. Ich möchte hier bitten,

daß wir diese Ansuchen wieder aufleben lassen und doch einer positiven Erledigung zuführen.

(Zwischenruf von Stadtrat Moser: "An die Adresse der Kirche).

Ja apropos Kirche, sehr geehrter Herr Stadtrat, sehr schön, aber ich kann dieses Geschäft leider nicht kompensieren, denn bekanntlich ist die Rudigerschule keine Kirche, untersteht auch keiner Kirche, sondern ist Privatschule. Außerdem glaube ich, daß die Kirche das Geld noch nicht hat und bin ich nicht dazu da, in den Gemeinderatsitzungen Bundesgesetze zu kritisieren. Ich bin kein Nationalrat, sondern nur ein bescheidener Gemeinderat und so weit reichen meine Kenntnisse aller Gesetze nicht. (Unverständlicher Zwischenruf von Nationalrat Enge). Das wird vielleicht einmal werden, wenn nicht vorher der Auftrag kommt, lieber Freund (zu Nationalrat Enge), daß Du eintrittst. Wenn es so weitergeht, wie es Piterman gesagt hat, fürchte ich das eben doch.

Stadtrat Huemer:

Ich bitte Dich, diese Dinge in einer Gemeinderatsitzung zu lassen.

Gemeinderat Josef Hochmayr:

Das nützt ja nichts, wenn man gestört wird, muß man auch darauf antworten.

Zu Gruppe 4 - Altersheim.

Ich verweise wiederum auf den Bau einer Kapelle im städtischen Altersheim. Ein Platzmangel, meine Herren, besteht nicht. Ich glaube, daß uns dieses Bauvorhaben verhältnismäßig wenig kosten wird, weil ja der Herr Landeshauptmann sich sehr deutlich dem Herrn Bürgermeister gegenüber in einem Hilfsangebot ausgesprochen hat. Ich glaube hier sagen zu dürfen, daß wir uns vielleicht doch anfangs Jänner schon mit diesem Problem im Unterausschuß ernstlich befassen sollten, damit wir da endlich einmal zu einem Ziel kommen.

Kindergärten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zehn-städtische Kindergärten erfordern laut Voranschlag eine Budgetsumme von S 1 297 000, --. Es entfällt somit ein Durchschnittsaufwand von S 129 700, -- auf einen Kindergarten. - Vier Privatkinderergärten erhalten eine Subvention von insgesamt S 30 000, --. Diese vier Kindergärten ersparen der Stadt Steyr 1/2 Million Schilling. Ich glaube nicht, unvermessen zu sein, wenn ich hier namens unserer Fraktion den Antrag vorbringe, daß man die Subvention für die vier Privatkinderergärten doch auf den Betrag erhöhen soll, den ein städtischer Kindergarten pro Jahr kostet. Ich glaube, das wäre wirklich recht und billig.

Zur Gruppe 5 - Sportförderung.

Ja selbstverständlich. - Hier möchte ich aber etwas offen sein und möchte auch an die Förderung des Idealismus appellieren. Man kann nicht sich alles bezahlen lassen. Ich bin bestimmt ein Sportfreund und nicht gegen den Sport eingestellt.

Spielplätze.

Ich danke Herrn Stadtrat Moser, daß er mir auch da wiederum Schützenhilfe geleistet hat. Der Spielplatz

Fischhub ist wirklich ein dringendes Kapitel, nur glaube ich, brauchen wir, wenn es so weiter geht mit dem Zuschütten, zuerst einen frischen Zugang, denn wir können nach der derzeitigen Lage bei 5 cm Kotalage zu Weihnachten gar nicht mehr fortgehen.

Zu Gruppe 6 - Bau, Wohnungs- und Siedlungs-wesen:

Hiezu, meine Damen und Herren, ein sehr sehr ernstes Wort. Es darf nicht mehr vorkommen, daß Anbotsummen, welche für Bauten ergehen, um das x-fache überschritten werden. Die Ausschreibung muß klare Positionen aufweisen. Darauf hat jeder Unternehmer Anspruch. Wir sind dazu verpflichtet und können es uns auf die Dauer nicht leisten, daß man einen Bau beginnt, der im Anbot Normalpreise aufweist, die sich aber während des Baues erhöhen und bei der Fertigstellung sich dann herausstellt, daß die Endsumme das x-fache des Anbotspreises ausmacht. Bitte nicht nur betreffend des Wohnbaues, sondern allgemein gesprochen, sämtliche Bauten betreffend. Ich bin der Meinung, man kann Arbeitsplatzsicherung auch auf andere Art betreiben. Die Aufgabe des Gemeinwesens wäre es, mit geringen Mitteln den größtmöglichen Erfolg zu erzielen. Es fehlen uns immer noch so und so viele Wohnungen und die scheinen uns wahrlich, ohne hier irgendwie politisch Kapital schlagen zu wollen, wichtiger zu sein. Zum Wohnungsbau sei außerdem gesagt: Richtig, der Mietzins ist zum Großteil schon eine Angelegenheit der Finanzierungsmöglichkeit. Es ist nicht gleich, ob ich billigere oder teure Mittel hiezu verwende. Worauf wir jedoch hinarbeiten müssen, ist, daß die familiengerechte Wohnung geschaffen wird. Dazu brauchen wir natürlich auch die familiengerechte Miete. Ich weiß, es ist sehr sehr schwer, aber es werden auch hier Mittel und Wege gefunden werden, und, ohne für die Styria Propaganda machen zu wollen, glaube ich doch, sagen zu können, daß uns gerade die Styria hier in Steyr mit gutem Beispiel vorangeht. Ich bin überzeugt davon, daß nichts unverzucht bleibt, um auch diesen Wünschen der Bevölkerung gerecht zu werden.

Straßen, Brücken und Kanäle:

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf wiederum auf die Unzulänglichkeit des Fischhubweges hinweisen und muß dem Herrn Stadtrat Moser wieder danken, daß auch er dieses Kapitel angeschnitten hat. Es ist jetzt so weit, es muß etwas geschehen; ich erinnere an das Bild in der Steyr-Zeitung mit dem Lastauto und dem Kinderwagen, ich erinnere daran, daß bereits ein Privatwagen und zwar ein Wiener, abgestürzt ist, der Unfall aber noch glimpflich ausgegangen ist. Sicher ist dies keine Angelegenheit der Gemeinde allein, weil der Kanal den Steyrwerken gehört. Wir haben bereits den abweisenden Bescheid aus Wien in der Tasche. Da meinen wir, daß wir nun einen Rettungsanker hätten, um die Misere zu beseitigen, denn ich glaube kaum, daß es für die Steyrwerke eine Schwierigkeit sein wird, diesen Kanal zu verrohren.

Die Grundeigentümer selbst werden sicher keine Schwierigkeiten machen. Der Kanal geht ja über fremdes Gelände. Vielleicht darf ich da etwas weiter gehen und unseren sehr verehrten Finanzreferenten, der ja auch zu den Direktoren der Steyrwerke gehört, pri-

vat sozusagen recht herzlich bitten, man möge sich dieser Sache annehmen. Es würde dadurch der Bevölkerung ein wirklich sehr großer Dienst geleistet und eine Lebensgefahr für die Bewohner des Viertels Fischhub beseitigt werden. Der obere Fischhubweg könnte bereits mit wenigen Mitteln verbreitert werden. Das haben wir ja schon einige Male besprochen. Ich glaube, es fehlt auch nur mehr am Abtransport von Stein- schlag, der noch da liegt. Sonst dürfte es hier keine Schwierigkeiten geben und ich möchte recht herzlich bitten, diese Sache so rasch als möglich durchzuführen.

Die große Sorge des Brückenproblems hat Herr Bürgermeister ja bereits aufgezeigt. Wir haben uns auch wirklich alle gemeinsam bemüht, so rasch als möglich zu einer günstigen Lösung zu kommen.

Kanäle.

Überall wo neue Viertel entstehen, ist es selbstverständlich, daß man auch Kanäle baut. Wir dürfen aber dabei die alten Viertel der Stadt nicht vergessen, wo das Fehlen der Kanäle, ich möchte sagen, einen nicht ganz einwandfreien hygienischen Zustand, gelinde ausgedrückt, hervorruft. Ich erinnere an die Krankheitsreger, die dadurch immer wieder Brutstätten finden.

Zum Dienstpostenplan möchte ich noch folgendes sagen:

Wir haben uns im Vorjahr damit befaßt und haben den Dienstpostenplan etwas enger gezogen. Ich glaube, die Ansuchen, die vorliegen, sind reiflich beraten worden. Ich brauche daher die Wünsche nicht erörtern, möchte aber doch bitten, daß man den einen oder anderen Arbeitsplatz einer genauen Wertung unterzieht und trachtet, vielleicht eine Verbesserung erreichen zu können. Ich glaube kaum, daß das so große Mittel erfordern würde, daß dadurch eine Gefährdung des Budgets eintreten könne.

Bürgermeister Fellingner:
Bitte Herr Prof. Neumann!

Stadtrat Prof. Anton Neumann:
Meine Damen und Herren!

Der vorliegende Voranschlag 1959 ist gekennzeichnet durch fallende Einnahmen, aber steigende Ausgaben und zwar vor allem Pflichtausgaben. Dies hauptsächlich dadurch, daß der Bund immer wieder neue Lasten auf die Gemeinden überwälzt. Das hat nun zur Folge, daß der Betrag, der der Gemeinde zur freien Verfügung für ihre rein kommunalen Aufgaben zusteht, kleiner wird. Wenn diese Entwicklung der zunehmenden Belastung der Gemeinden durch Bundesausgaben weitergeführt wird, wird der der Gemeinde verbleibende Betrag eine so geringe Höhe erreichen, daß sie für ihre eigenen kommunalen Aufgaben auf den Weg des Darlehens verwiesen werden müßte, um ihnen gerecht zu werden. Das ist eine, meiner Überzeugung nach, sehr gefährliche Entwicklung und ich bin überzeugt, daß der Städtebund gegen weitere Belastungen der Gemeinden sich noch stärker zur Wehr setzen wird, als dies bisher geschehen ist. Es ist erfreulich, daß trotz der gespannten Lage für Wohnungsbau ein immerhin bedeutender Betrag zur Verfügung gestellt werden kann. Die Frage der hohen Mietzinse ist schon so erörtert worden, daß ich nichts neues hinzufügen könnte. Ich will mich daher zu diesem Gegenstand nicht weiter äußern. Wir haben weiters keine besonderen Wünsche, da das meiste was

schon gesagt wurde ja mit in unser Wunschprogramm fällt. Wir werden daher für den Voranschlag stimmen und zwar für beide.

(Stadtrat Neumann beendet wegen momentaner Übelkeit sein Referat und verläßt vorzeitig die Sitzung).

Bürgermeister Josef Fellingner:

Wünscht sonst noch jemand das Wort? Bitte Herr Vizebürgermeister Paulmayr!

Bürgermeister-Stellvertreter Franz Paulmayr:

Meine Damen und Herren!

Das Gesamtbild des Voran sch lages des Geschäftsjahres 1959 führt uns klar und deutlich vor Augen, daß der Höhepunkt der Einnahmen für die Stadt Steyr bereits erreicht bzw. überschritten ist. Das ist ein Umstand, der uns zwingen wird, in Zukunft am richtigen Platz zu sparen. Es ist ein alter wirtschaftlicher Grundsatz, daß derjenige, der weniger Geld einnimmt, eben weniger Geld ausgeben kann. Wir alle miteinander, glaube ich, sind in den letzten Jahren manchmal sehr großzügig gewesen und haben für gewisse Zwecke mehr Geld ausgegeben als wir es vielleicht gemacht hätten, wenn wir uns in schlechterer Situation befunden hätten. Wir haben nun schwierige Vorhaben vor uns. Eingang der heutigen Sitzung haben wir gehört, daß ein Problem, das in den nächsten Tagen die ganze Stadt beschäftigen wird, dringend geworden ist. Ich glaube aber trotzdem, sagen zu können, daß kein Grund zur Miesmacherei besteht. Wir werden auch diese Sachen, wie schon eine ganze Reihe anderer Probleme, meistern können, unter der Voraussetzung, daß wir uns so wie bisher, das kann ich ruhig feststellen, einheitlich bemühen, gemeinsam zu arbeiten, um das zu erreichen, was wir für unsere Stadt am besten halten. Zum Voranschlag selbst möchte ich sagen, daß er ja in den Fraktionen durchbesprochen wurde und jeder Gelegenheit hatte, dazu in irgend einer Form Stellung zu nehmen. Es erübrigt sich daher, weitere Bemerkungen diesbezüglich anzuschließen.

Erlauben Sie mir nun, daß ich Ihnen persönlich und im Namen meiner Fraktion ein angenehmes Weihnachtsfest wünsche und Ihnen auch die besten Wünsche für 1959 übermittle.

Bürgermeister Josef Fellingner:

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ja doch, bitte Herr Stadtrat Enge!

Stadtrat Franz Enge:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich war in den letzten Wochen bei Budgetsitzungen, die sicherlich, erstens einmal auf ganz anderer Ebene stattgefunden haben, und die auch in der Ausführungsweise sehr verschieden waren von der in unserem Gemeinderat. Ich sage das deswegen, weil es mich wirk-

lich - das sage ich nicht nur als Floskel - innerlich freut, daß wir in unserer Gemeindestube so einhellige Auffassungen haben. Wenn die Herren Vorredner verschiedene Mängel angeführt haben, wenn verschiedenes zu verbessern wäre, so kann ich, wenn ich dasselbe Wort gebrauche wie Herr Kollege Moser, von der Mehrheitsfraktion, das nur unterstreichen oder zumeist unterstreichen. Ich möchte mich daher mit einigen Dingen, die jetzt angeschnitten wurden, befassen. Ich war zwar nicht in der Lage, mir vorher ein gewisses Konzept zurecht zu legen, denn wir hatten ursprünglich die Auffassung, überhaupt nicht zum Budget zu sprechen. Einige Dinge möchte ich nun aber doch, weil sie vielleicht zu falschen Vorstellungen führen würden, aufzeigen.

Herr Kollege Moser hat angeführt, daß unsere Budgeterstellung heute nicht mehr im Schatten, oder besser gesagt, im Lichte der Hochkonjunktur stattfindet. Das ist richtig. Das war auch nur eine sachliche Klarstellung. Etwas was nicht ganz stimmt aber ist folgendes:

Es sind wohl die Arbeitslosenziffern um einiges höher als im vergangenen Jahr, es sind aber auch die Beschäftigtenziffern, Gott sei Dank, höher als im vergangenen Jahr. Man kann also je nach dem entweder mit dem oder mit dem irgendwie argumentieren. Ich bin auch nicht ganz seiner Meinung - er selbst hat es ja auch abgeschwächt - bezüglich der Steuerschulden, die sich im großen Staatshaushalt ergeben haben, schließe mich aber seiner Meinung an, wenn er sagt, "wenn diese die Gemeinden zur Verfügung hätten, dann hätten wir es schön". Ja es ist schon richtig, aber erstens einmal haben wir sie nicht und zweitens, ja lieber Kollege Moser jetzt muß ich auch ein bißerl "demagogieren", wenn wir die Abgaben hätten, die wir an Rußland zahlen müssen, dann würde es uns auch besser gehen. Es ist nicht genau so, Du gestattest es mir schon. Im politischen Leben ist es gestattet, sich gegenseitig Dinge zu sagen, die wenn sie genau untersucht werden, - Deine Behauptung genau so wie meine - irgendwie nicht ganz stimmen. Herr Kollege Moser hat sich auf recht hoher Ebene mit dem Budget befaßt - Entschädigungen an die Religionsgemeinschaften usw. Am liebsten wäre ich - ich muß zwar vorsichtig sein - auch dagegen gewesen. Nicht gerade, weil ich, ich glaube, das kann gerade mir keiner vorwerfen, ein Religionsgegner bin, sondern aus rein finanziellen Überlegungen. Aber, Herr Kollege Moser, ist Dir bekannt, daß gerade über die Entschädigungen an die Religionsgemeinschaften im Staatsvertrag ein eigener Passus eingebaut worden ist, der, glaube ich, nicht von den Russen übersehen worden ist und den wir erfüllen müssen. Im Staatsvertrag ist jedoch nichts drinnen über Entschädigungen an Bombengeschädigte usw. Das nur so nebenbei gesagt.

Auch bin ich nicht einverstanden, daß Du der Auffassung bist, daß die sozialen Leistungen, die heute erbracht werden, schlechter sind als früher. (Ein vermeintlicher Zwischenruf von Stadtrat Moser). Dann habe ich es eben falsch verstanden. Ich hätte es auch fast nicht glauben können, daß Du das zum Ausdruck bringen wolltest, daß allerdings diese sozialen Leistungen auch die Gemeinden belasten, das ist ein Wermutstropfen für Gemeindefunktionäre. Das steht außer Frage. Deiner Meinung bin ich z. B. auch bezüglich der

Befürsorgtenrichtsätze, die ja absolut unzulänglich sind. Das ist etwas, das - wir haben bereits schon voriges Jahr darüber diskutiert - wirklich in Ordnung gebracht werden müßte. Wir müssen hier einen dringenden Appell, der allerdings der Gemeinde auch wieder Geld kosten wird, an die Landesregierung schicken.

Bezüglich der Kritik über Wohnbau, über die teure Ausstattung, usw., hast Du mir eigentlich die Entgegnung, die ich Dir geben wollte, selbst aus dem Mund genommen. Ich bin überzeugt davon, wir könnten billiger bauen, wenn wir die Wohnungen weniger, ich will das Wort luxuriös nicht gebrauchen, sagen wir, praktisch ausgestalten würden, als dies jetzt gemacht wird. Wir müßten uns halt darüber einig werden - an uns soll es nicht scheitern - welche Ausgestaltung wir in Zukunft jeder Wohnung geben wollen. Bis jetzt waren wir noch der Auffassung, das Beste ist gerade noch gut genug. Aber es kostet sicherlich eben auch mehr Geld.

Bezüglich der Kritik an der Vergabe oder besser gesagt, an der Offertlegung der Firmen, möchte ich sagen, daß wir ja gerade hier eine gemeinsame Aufgabe im Stadtrat zu erfüllen haben, nämlich die Vergaben zu tätigen. Wir sind alle sehr oft überrascht über die aufscheinenden Differenzen, die eben die freie Wirtschaft mit sich bringt. Ich hoffe aber, daß nicht der Eindruck entstanden ist, ganz besonders bei der Presse, daß wir nicht ordnungsgemäß vergeben. Ich glaube, Kollege Moser, das hat nicht herausgeklungen, denn dagegen müßte ich mich wehren. Wir vergeben nach wirklich sparsamsten Prinzip in Steyr, allerdings auch unter Berücksichtigung einer gewissen Arbeitsverteilung; zwar so, daß alle Firmen, wenn es im Rahmen des erträglichen liegt, eine Beschäftigung haben.

Was die Anführungen des Herrn Kollegen bezüglich der Koordination Straßenbau, Kanalrohre, gerade vorher verlegte Gasrohre usw. betrifft, so sind wir da einer Meinung. Eine Koordination, oder vielmehr eine bessere Koordination gehört hier absolut geschaffen. Wieso es zu diesen Dingen kam, ist mir auch vielfach ein Rätsel.

Spiel- und Sportplätze.

Hier fühle ich mich fast ein bißchen persönlich angegriffen, ich bin nicht so empfindlich, wenn darauf aufmerksam gemacht wird, daß diesem Problem wirklich Augenmerk zugewendet werden soll. Ich greife dies deswegen besonders auf, denn ein Jahr vergeht halt viel zu schnell. Ich glaube es war die letzte Budgetdebatte, in der wir auch darüber gesprochen haben. In der Zwischenzeit ist schon etwas geschehen. Auf der Ennsleite ist ein Spiel- und Sportplatz entstanden, der wirklich allen zur Verfügung steht. Auch hat der Kollege Wally keine Rüge bekommen; man hat ihm nur gesagt, er möge, wenn er Sport- und Spielplätze für seine Gegend fordert, beachten, daß wir eine gewisse Dringlichkeit beachten müssen. Spielplätze am Stadtrand sind halt nicht so dringend als Spielplätze mitten in der Stadt. Das nur so nebenbei.

Zu den Ausführungen des Kollegen Hochmayr möchte ich anführen, daß es uns gefreut hat, daß er unseren Finanzreferenten - dem Herrn Finanzminister ist dies von Seiten seiner Partei bestimmt noch nicht widerfahren - bezüglich der Vorsicht, mit der das Bud -

get erstellt worden ist, gelobt hat.

Was die wiederholten Anträge hinsichtlich der Schulbücheraktion, der Subventionen für Privatkindergärten sowie die Subvention der Rudigierschule und den Kapellenbau im Altersheim betrifft, so mußte ich feststellen, daß hier die Meinungen sehr verschieden sind, aber Du mußt zugeben, daß auch hier sofort wieder ein Weg gefunden werden wird, um zumindest die Gegensätze ein wenig zu überbrücken.

Beim Kapitel Wohnungsbau hast Du angeführt, familiengerecht zu bauen. Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nirgends wird mehr Lüge und Schindluder getrieben als wie mit Familie und Familienpolitik, das sage ich ganz offen. - Familiengerecht - ja; nur eines ist nicht ganz familiengerecht, das sind die Löhne. Die Löhne müssen auch familiengerecht sein, das steht außer Frage, nicht nur die Wohnungen. Das nur so angeknüpft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Daß ich zum Abschluß als sozialistischer Vertreter sagen muß, wir stimmen für das Budget, werden Sie, glaube ich, nicht verlangen. (Zwischenruf von Stadtrat Moser: "Stimmst Du vielleicht dagegen?") daß ich es extra sage, meine ich. Ich glaube, wenn man das ganze Budget durchgeblättert hat, dann sieht man, daß es in einer Art und Weise erstellt worden ist, daß man keine Kritik üben kann. Man hat Wünsche gehört - die Straßen, die Straßenbeleuchtung, die Kanäle..... - aber es ist, das muß ich auch mit Freude feststellen, nicht kritisiert worden, daß hier Beträge drinnen wären, die nicht richtig am Platze eingesetzt sind, und das ist doch das entscheidende. Ich danke im Namen der Mehrheitspartei, daß Sie alle ihre Zustimmung geben und wünsche eines, nämlich, daß wir im nächsten Jahr genau so sauber, sachlich, nett und freundlich zusammenarbeiten wie im vergangenen Jahr und gebrauche nun dieselben Worte wie Kollege Paulmayr, indem auch ich Ihnen frohe Festtage und ein gutes neues Jahr 1959 wünsche.

Bürgermeister Josef Fellingner:
Wünscht noch jemand das Wort? Dies ist nicht der Fall. Ich bitte Herrn Stadtrat Schanovsky um das Schlußwort.

Stadtrat Hans Schanovsky:
Sehr geehrter Gemeinderat!
Zunächst danke ich Ihnen für das volle Verständnis, das Sie dem Budget 1959 entgegengebracht haben. Sie haben einige Wünsche vorgebracht. Glauben Sie mir, auf der Beamtenebene waren die Wünsche noch viel größer, weit weit mehr wurde herangetragen und wir haben nur zu entscheiden gehabt, was ist das vordringlichere.

Von dieser Warte aus gesehen, sind wir eben zu den vorliegenden Ansätzen gekommen. Weil man nicht alles in einem Jahr abwickeln kann, noch dazu bei einem beschränkten Budget, so müssen wir halt andere Wünsche auf die nächste Zeit verschieben.

Bürgermeister Josef Fellingner:

Wir sind somit am Ende der Debatte über den Voranschlag 1959 und schreiten zur Abstimmung. Jene, die dem Voranschlag ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Die Gegenprobe bitte. Danke, ich kann somit feststellen, daß der Voranschlag 1959 einstimmig angenommen wurde.

Verehrte Damen und Herren!
Bevor wir in die vertrauliche Sitzung eingehen, möchte ich Ihnen noch recht herzlich danken für die verständnisvolle und sachliche Zusammenarbeit in unserer Gemeindestube. Erlauben Sie mir, daß ich dies zum Anlaß nehme, um Ihnen allen sowie Ihrer Familie ein recht frohes Weihnachtsfest zu wünschen und viel Erfolg im nächsten Jahr.

Ich darf die Sitzung auf 2 Minuten unterbrechen und Sie bitten, dieselbe dann vertraulich fortzusetzen.

Ende der öffentlichen Sitzung: 18,10 Uhr
Dauer der vertraulichen Sitzung: 18,10 Uhr bis 18,15 Uhr.

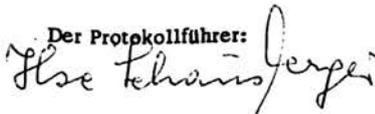
(Das Protokoll über die vertrauliche Sitzung befindet sich im Faszikel "Protokolle über die vertraulichen Sitzungen des Stadt- und Gemeinderates" bei der Magistratsdirektion).

Zu Ende der vertraulichen Sitzung holte Gemeinderat Kupperling die Wünsche seiner Partei, die in der öffentlichen Sitzung infolge plötzlicher Erkrankung des Herrn Stadtrates Prof. Neumann unterlassen wurden, für das Weihnachtsfest und das Jahr 1959 nach.

Der Vorsitzende:



Der Protokollführer:



Die Protokollführer:

